ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kirchgassner, Gebhard

Working Paper

Die Krise der Wirtschaft: Auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaften?

CREMA Working Paper, No. 2009-15

Provided in Cooperation with:
CREMA - Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich

Suggested Citation: Kirchgassner, Gebhard (2009) : Die Krise der Wirtschaft: Auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaften?, CREMA Working Paper, No. 2009-15, Center for Research in Economics, Management and the Arts (CREMA), Basel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/214442

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

CREMA

Center for Research in Economics, Management and the Arts

Die Krise der Wirtschaft: Auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaften?

Gebhard Kirchgässner

Working Paper No. 2009 - 15

CREMA Gellertstrasse 18 CH - 4052 Basel www.crema-research.ch

Die Krise der Wirtschaft: Auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaften?

von

Gebhard Kirchgässner

Universität St. Gallen, Schweizerisches Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung, Leopoldina und *CES*ifo

Summary

(The Economic Crisis: A Crisis of Economics as Well?)

Is the economic and financial crisis also a crisis of Economics? From different perspectives, today there is rather harsh criticism of Economics as a Social Science. In this paper, first, some of the recent failures of Economics are discussed. Then some of the criticisms are taken up that are less convincing, in particular criticisms of the application of the economic model of behaviour, the mathematisation of Economics and the principle of value freedom. The appropriate role of the government as well as of competition is discussed, and also which other consequences should be drawn for Economics as a science but also for economic policy. Finally, we debate whether there is, besides the economic crisis, really as crisis of Economics as well.

Keywords: Economic Crisis, Financial Crisis, Economic Theory, Role of the Government, Mathematics, Value Freedom, Pension System.

JEL Klassifizierung: A10, H10.

Juli 2009. – Für Anregungen und Hinweise danke ich FRIEDRICH SCHNEIDER (Universität Linz).

Anschrift: Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner
Universität St. Gallen
SIAW-HSG
Bodanstrasse 8
CH-9000 St. Gallen
Schweiz
Gebhard.Kirchgaessner@unisg.ch

1 Einleitung

[1] Die Wirtschaftskrise hat nicht nur die Wirtschaftspolitik zu Massnahmen veranlasst, die vor kurzem noch undenkbar waren, und damit die Diskussion um die ‚richtige' Wirtschaftspolitik intensiviert, sondern auch die Diskussion um die ‚richtige' Wirtschaftswissenschaft, wobei heftige Anschuldigungen erhoben werden. So fordert z.B. sowie T. FRICKE im Anschluss an M. NAIM (2009) einen „Bailout für Ökonomen" sowie eine „Bad Ideas Bank", welche von den Ökonomen „Schrottideen aufkauft und [ihnen] vielleicht auch ein paar Weiterbildungskurse in Geschichte anbietet."[1)] Und der *Economist* übt am 16. Juli 2009 gleich in drei Artikeln (wenn auch eher moderate) Kritik an der modernen Ökonomie, wenn er fragt: „Was lief schief mit der Volkswirtschaftslehre", wobei er sich insbesondere mit der Makroökonomischen Theorie und der Finance auseinandersetzt.[2)]

[2] Aber nicht nur von aussen, sondern auch innerhalb der Profession wird von verschiedenen Seiten heftige Kritik geübt.[3)] Dabei sind die Zuschreibungen der Ursachen für die Krise genauso unterschiedlich wie die angebotenen Rezepte; jeder versucht die Situation für sich nutzbar zu machen bzw., um es etwas despektierlich auszudrücken, sein eigenes Süppchen zu kochen. Während von Vertretern des linken politischen Spektrums, aber auch von kirchlicher Seite die Ursache vor allem in der Gier der Manager gesehen und ein totales Versagen der neoliberalen Wirtschaftspolitik sowie eine mangelnde ethische Ausrichtung der Volkswirtschaftslehre konstatiert wird, sehen politisch eher rechts gerichtete Politiker und Wissenschaftler die eigentliche Ursache in einem Versagen der amerikanischen Politik sowie im Verhalten staatlicher Banken.[4)] Und während die einen eine Rückkehr des Primats der Politik über die Wirtschaft fordern, verlangen die anderen eine stärkere Zurückhaltung der Politik und z.B. den generellen Verzicht auf staatliche Banken bzw. deren Privatisierung. Aus beiden Richtungen wird auch eine Neuausrichtung der Wirtschaftswissenschaften, insbesondere der Volkswirtschaftslehre, gefordert. Interessanterweise wird in diesem Zusammenhang von Vertretern beider Seiten das Konzept einer allein an der Wahrheit orientierten, ‚wertfreien' Wissenschaft zugunsten einer sich an bestimmten vorgegebenen Werturteilen orientierenden normativen Wissenschaft abgelehnt.[5)]

---

1. *FTD WirtschaftsWunder* vom 6. Februar 2009, http://www.ftd.de/wirtschaftswunder/index.php?op=ViewArticle&articleId=1822&blogId=10 (07/07/09).

2. What went wrong with economics, *Economist.com* vom 16. Juli 2009, http://www-personal.umich.edu/~rudib/economist_1.pdf; The other-worldly philosophers, *Economist.com* vom 16. Juli 2009, http://www-personal.umich.edu/~rudib/economist_2.pdf, Efficiency and beyond, *Economist.com* vom 16. Juli 2009, http://www-personal.umich.edu/~rudib/economist_3.pdf (23/07/09).

3. Siehe z.B. M. HÜTHER: „Die derzeitige Krise war das Waterloo der Ökonomik." (Ordnungsökonomik fasziniert noch heute, FAZ.NET vom 21. März 2009 (http://www.faz.net/s/RubBA2FEF69D90D49589D58B10299C8647D/Doc~E267C89815E8A4446AFD2102CDC3C1870~ATpl~Ecommon~Scontent~Atype~Epro.html#ProContraArea (07/07/09)).

4. Siehe z.B. B. EMUNDS (2008) oder J. WIEMEYER (2009) auf der einen bzw. KRONBERGER KREIS (2009) oder R. VAUBEL (2009) auf der anderen Seite.

5. Siehe z.B. G. SCHWARZ mit seiner Philippika gegen „die ökonomischen Technokraten, die an wertfreie Objektivität glauben und die Wirtschaftswissenschaft als blutleeres Instrument verstehen" (*Neue Zürcher*

[3] Die Vertreter eher linker Positionen scheinen derzeit mehr Unterstützung in der Öffentlichkeit und vor allem in den Medien zu haben, was vermutlich mit der höheren Plausibilität ihrer Äusserungen zu tun hat. Es lässt sich eben recht einfach auf die (zugegebenermassen in vielen Fällen problematisch hohen) Boni der Manager schimpfen und mehr Staat fordern, auch wenn man sich nicht konkret dazu äussert, was im Einzelnen geschehen sollte: Die Banken sollten eben stärker reguliert werden. Sie erhalten Unterstützung weit aus dem bürgerlichen Lager, wenn selbst der Deutsche Bundespräsident HORST KÖHLER, der davor immerhin Chef des Internationalen Währungsfonds war, in einem Interview mit dem Stern am 22. Mai 2008 davon spricht, „dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben, das in die Schranken gewiesen werden muss.“[6)] Ausserdem fällt auf, dass die offizielle Wirtschaftswissenschaft in der Öffentlichkeit kaum mehr zu Wort kommt: Während z.B. die Häufigkeit wirtschaftlicher Themen in den Diskussionsrunden der verschiedenen Fernsehanstalten in den letzten Monaten erheblich zugenommen hat, findet man dort kaum Professoren der Wirtschaftswissenschaften; die Teilnehmer bestehen neben Betroffenen der Wirtschaftskrise vor allem aus Politikern und Wirtschaftsleuten, d.h. insbesondere Vertretern jener Gruppen, die von den unterschiedlichen Positionen für die Krise verantwortlich gemacht werden.[7)] Offensichtlich geht man davon aus, dass man die Probleme der Krise auch ohne wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstand diskutieren kann (bzw. dass die Ökonomen dazu nichts Relevantes mehr beitragen können).

[4] Speziell in Deutschland, aber auch nur dort, ist diese Diskussion in einer besonderen Weise polarisiert, da Vertreter der auf WALTER EUCKEN und WILHELM RÖPKE zurückgehenden Freiburger Schule der Ordnungsökonomik glauben, dass diese der angelsächsischen Variante einer stärker mathematisierten Volkswirtschaftslehre insbesondere in Bezug auf die Politikberatung überlegen sei, aber von ihr an den Universitäten zunehmen verdrängt werde, wobei die Entwicklung an der Universität Köln zwar in ihrem Ausmass besonders, aber dennoch für die gesamte Entwicklung nicht untypisch sei: Ordnungsökonomisch ausgerichtete Lehrstühle für Wirtschaftspolitik würden zunehmend durch stärker mathematisch orientierte Theorielehrstühle ersetzt, wobei der für die Volkswirtschaftslehre zentrale Blick für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge weitgehend verloren gehe. Unabhängig davon, dass auch von Seiten der Ordnungsökonomik in den vergangenen Jahren keine Warnungen vor den Fehlentwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten zu vernehmen waren, die geeignet ge-

---

Zeitung Nr. 84 vom 11./12. April 2009, S. 19) oder auf der anderen Seite P. ULRICH, der der ‚reinen‘ Ökonomie ein „Selbstmissverständnis als ‚wertfreier Wissenschaft‘“ vorwirft (2001, S. 229).

6. Siehe: http://www.stern.de/politik/deutschland/:stern-Interview-K%F6hler-Finanzm%E4rkte-Monster/620186.html (04/06/09).

7. Als Beispiel mag die Sendung „Anne Will“ des Ersten Deutschen Fernsehens (ARD) dienen, die – zumindest in Bezug auf die Sendezeit am Sonntagabend – die prominenteste politische Talkschau im deutschen Fernsehen. Zwischen Oktober und Dezember 2008 drehten sich nicht weniger als 10 der 12 Sendungen um Probleme der Wirtschafts- und Finanzkrise. Dabei war ifo-Chef HANS-WERNER SINN, der an der letzten Sendung vom 14. Dezember 2008 teilnahm, der einzige wirtschaftswissenschaftliche Gast. Vermutlich wurde jedoch auch er nur deshalb eingeladen, weil es um die Aussichten für das Jahr 2009 ging. Auch seitdem nahm mit Ausnahme von BERND RAFFELHÜSCHEN, der am 21. Juni 2009 in einer Sendung über die Rentenproblematik zu Gast war, kein weiterer Wirtschaftswissenschaftler mehr teil. (MICHAEL HÜTHER, der am 16. November 2008 zu Gast war, ist als Leiter des Arbeitgeber-nahen Instituts der deutschen Wirtschaft in diesem Zusammenhang eher als Interessenvertreter denn als Wissenschaftler einzustufen.)

wesen wären, Hilfe beim Abwenden der jetzt aufgetretenen Doppelkrise zu bieten, hat diese schon länger, aber bisher eher im Hintergrund geführte Diskussion durch diese jetzige Entwicklung neuen Auftrieb erhalten.[8)]

[5] In Zusammenhang mit der Universität St. Gallen (HSG), die sich als eine der führenden wissenschaftlichen Ausbildungsstätten für Betriebswirte im deutschsprachigen Raum (wenn nicht sogar als *die* führende Ausbildungsstätte) versteht, wird die Diskussion über die angemessene Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaften auch in Bezug darauf diskutiert, inwiefern die wirtschaftswissenschaftliche, insbesondere aber die betriebswirtschaftliche Ausbildung der vergangenen Jahrzehnte zu dieser Krise beigetragen hat.[9)] Dabei hat sich mit FREDMUD MALIK auch ein in St. Gallen ansässiger Wettbewerber der MBA-Ausbildung mit pauschalen Vorwürfen an die HSG eingeschaltet, der sich dadurch vermutlich einen Wettbewerbsvorteil für sein Unternehmen erhofft.[10)] Die Diskussion an der HSG hat jedoch auch eine wirtschaftsethische Komponente, und auch diese sollte ernst genommen werden. Schliesslich wird nicht nur von Seiten der Wirtschaftsethiker der HSG eine neue Moral der ‚Wirtschaftsführer' sowie insbesondere der Bankmanager gefordert, die ihr Handeln wieder weniger am Shareholder Value und mehr an den Regeln des ehrbaren Kaufmanns ausrichten sollten, auch wenn dies sicher nicht alles sein kann.[11)]

[6] Im Folgenden soll zunächst auf die Versäumnisse eingegangen werden, die sich die Wirtschaftswissenschaften tatsächlich vorhalten lassen müssen (*Abschnitt 2*). Danach wird auf weitere Vorwürfe eingegangen, die ihnen gegenüber erhoben werden, wobei insbesondere das ökonomische Verhaltensmodell und Fragen der Mathematisierung sowie der Wertfreiheit der Sozialwissenschaften behandelt werden (*Abschnitt 3*). Es zeigt sich, dass diese Vorwürfe

---

8. Siehe hierzu z.B. die ‚Zeitgespräche' in *Wirtschaftsdienst* 86 (2006), S. 7ff. und in *Wirtschaftsdienst* 89 (2009), S. 431ff. Ausgelöst durch ein Besetzungsverfahren an der Universität Köln waren die bisherigen Höhepunkte dieser nach wie vor andauernden Debatte ein Aufruf „Rettet die Wirtschaftspolitik an der Universitäten!", der in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* am 5. Mai 2009 erschien und von 83 Professoren der Volkswirtschaftslehre unterschrieben war und im Wesentlichen den heutigen Status Quo an den deutschen Universitäten verteidigte (http://www-personal.umich.edu/~rudib/faz_aufruf.pdf (15/05/09)), dem am 8. Juni 2009 im *Handelsblatt* ein von 188 Ökonomen unterzeichnetes Gegenmanifest folgte, in welchem für die an der internationalen Entwicklung sich orientierende Volkswirtschaftslehre votiert wurde (http:// www-personal.umich.edu/ ~rudib/oekonomenaufruf.pdf (10/06/09)). Siehe hierzu auch G. KIRCHGÄSSNER, Typisch Deutsch: Die deutsche Nationalökonomie darf keinen nationalen Sonderweg gehen – Eine Aussenansicht, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* Nr. 24 vom 14. Juni 2009, S. 34 (http://www-personal. umich.edu/~rudib/faz_typischdeutsch.pdf (15/06/09)), sowie die ausführliche Dokumentation dieser Diskussion von R. BACHMANN unter http://www-personal.umich.edu/~rudib/methodology.htm (25/07/09).

9. Siehe z.B. T. KNELLWOLF, Sind HSG-Studenten ‚falsch programmierte' Roboter?. *Tagesanzeiger* vom 8. April 2009 (http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Sind-HSGStudenten-falsch-programmierte-Roboter/story/25264066 (18/05/09)).

10. Ebenda, sowie z.B. F. MALIK, Mit herkömmlichen Methoden nicht zu lösen, FAZ.NET http:// www.faz.net/ s/Rub48D1CBFB8D984684AF5F46CE28AC585D/Doc~EBEACC95FA43F41E389FF3629FCF64452~ATpl~Ecommon~Sspezial.html (19/05/09).

11. Siehe z.B. EKD (2008), aber auch: V. PETZSCH-KUNZE, Der ehrbare Kaufmann: Die Rückkehr der sozialen Marktwirtschaft, Goethe-Institut e.V., Online-Redaktion, Februar 2009 (http://www.goethe.de/ges/soz/ thm/wet/de4167342.htm (05/07/09)), oder: Leitbild ‚Ehrbarer Kaufmann', FAZjob.NET, 25. Januar 2009 (http://banking.fazjob.net/fuer_bewerber/aus_der_beruf_und_chance_redaktion/?em_cnt=124413 (05/07/ 09).

kaum haltbar sind. Im *4. Abschnitt* wird nach der angemessenen Rolle des Staates und des Wettbewerbs gefragt, im *5. Abschnitt*, welche Konsequenzen von der Wirtschaftstheorie zu ziehen sind, und im *6. Abschnitt*, welche Handlungsmöglichkeiten uns derzeit zur Bewältigung der Wirtschaftskrise offen stehen. Zum Abschluss wird gefragt, inwiefern tatsächlich von einer ‚Krise der Wirtschaftswissenschaft' gesprochen werden kann. (*Abschnitt 7*).

2 Versäumnisse der Volkswirtschaftslehre

[7] Es ist wohl kaum zu bestreiten, dass sich die (universitäre) Wirtschaftswissenschaft Versäumnisse vorhalten lassen muss.[12)] Zwar wurde gesehen, dass die Blase am amerikanischen Immobilienmarkt eines Tages platzen würde und dass es für diesen Markt und möglicherweise auch für die amerikanische Wirtschaft zu erheblichen Problemen kommen könnte, aber kaum jemandem kam in den Sinn, dass daraus zunächst eine allgemeine Finanzkrise und anschliessend, ein Jahr später, eine weltweite Wirtschaftskrise entstehen könnte, die Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet.[13)] Die Verbriefung von Hypotheken und der Handel mit derartigen ‚strukturierten Produkten' wurden als Innovation der Finanzmarkindustrie positiv bewertet, und es wurde nicht gesehen, dass sich daraus im Falle einer allgemeinen Krise der Finanzmärkte besondere Gefahren ergeben könnten. Die Koppelung der Einkommen der Manager an den Aktienkurs, die ganz im Sinne anreizkompatibler Mechanismen ist, wie sie von der Prinzipal-Agenten-Theorie vorgeschlagen werden, wurde als positiv angesehen, da der Aktienkurs den langfristigen Wert eines Unternehmens spiegle und die Manager so ein Interesse daran hätten, diesen langfristigen Wert zu steigern. Tatsächlich aber hat sich daraus für die Manager ein Anreiz zur kurzfristigen Steigerung des Aktienkurses ergeben, die häufig ohne Rücksicht auf die langfristigen Auswirkungen betrieben wurde.

[8] Auch wurden vielleicht nicht einmal so sehr die Selbstheilungskräfte der Märkte überals vielmehr die Konsequenzen, die mit solchen ‚Heilungsprozessen' verbunden sind, unterschätzt. Kaum jemand, weder die verantwortlichen Politiker noch die Wissenschaftler, dürfte jene Folgen erwartet haben, die sich aus dem Zusammenbruch von Lehman Brothers ergaben. Andernfalls hätte man diese Bank wohl gerettet. Auch wurde die kriminelle Energie von Managern, aber auch von anderen Handlungsträgern im Wirtschaftsprozess unterschätzt, obwohl man dies seit dem Enron-Skandal zu Beginn dieses Jahrzehnts eigentlich besser hätte wissen müssen.[14)] Dass Menschen mit dem Versprechen auf zukünftige Wertsteigerungen Hypotheken verkauft wurden, obwohl man wusste, dass sie kaum je in der Lage sein konnten, die daraus entstehenden dauerhaften Lasten zu tragen, ist wohl kaum strafrechtlich relevant, aber

---

12. Zu den Versäumnissen der Wirtschaftswissenschaften und den Lehren, die daraus bzw. aus der jetzigen Krise zu ziehen sind, siehe auch D. ACEMOGLU (2009).

13. Auf die Entstehung der Finanz- und Wirtschaftskrise soll hier nicht genauer eingegangen werden. Sie hierzu z.B. B. EICHENGREEN (2008, 2008a), R.D. CONGLETON (2009), B. HERZOG (2009) sowie F.G. ADAMS (2009).

14. Zum ENRON-Skandal siehe z.B. P.M. HEALY und K.G. PALEPU (2003) sowie C. V. FRENTZ, Chronik einer Rekord-Pleite, *manager-magazin.de* vom 25. September 2003 (http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,druck-178836,00.html (19/05/09)).

zumindest moralisch verwerflich. Das Motiv dafür war Gewinnsucht, d.h. jenes Motiv, welches in der Wirtschaftstheorie den Unternehmern üblicherweise unterstellt wird. Offensichtlich ist das Gewinnmotiv nicht ganz so unschuldig, wie wir in der Volkswirtschaftslehre gewöhnlich unterstellen.[15)]

[9] Dass ausgerechnet die Finanzmärkte zusammenbrechen (bzw. durch Interventionen des Staates vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt werden müssen), ist besonders bemerkenswert. Schliesslich uns wurden diese Märkte von der ökonomischen Theorie als Beispiele für besonders effizient hingestellt; in ihnen würden neue Informationen immer sofort verarbeitet, und sie seien deshalb praktisch immer im Gleichgewicht (oder zumindest sehr nahe daran). Folgt man der auf E. FAMA (1970) zurückgehenden ‚Theorie effizienter Märkte', dann hätten in diesen Märkten die wenigsten Gründe für ein Eingreifen des Staates gegeben sein dürfen.[16)]

[10] Schliesslich wurde kein Einspruch erhoben, als Bankmanager Renditen bis zu 25 Prozent forderten und auch anstrebten. In einer Wirtschaft, die langfristig durchschnittliche reale Wachstumsraten zwischen ein und zwei Prozent aufweist, sind solche Renditen nur dann erzielbar, wenn man extrem hohe Risiken eingeht. Dies gilt auch dann, wenn ein Sektor überproportional stark wächst und wenn man in Rechnung stellt, dass die Kapitalrendite langfristig deutlich über der Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft liegt. Gerade bei Banken ist zu fragen, inwieweit sie solche Risiken eingehen sollen. Diese Frage aber wurde nicht gestellt; vielmehr wurden die mit solchen Strategien verbundenen Risiken nicht nur von Bankmanagern, sondern auch von der Wirtschaftspresse sowie von vielen Ökonomen schlicht ausgeblendet.

[11] Diese (und mögliche andere) Versäumnisse sollten es verbieten, ausschliesslich anderen die Schuld zuzuschieben und nicht zuzugestehen, dass auch die Ökonomen ihren Teil zum Entstehen der Wirtschaftskrise beigetragen haben. Tatsächlich aber geschieht dies. Von wenigen Ausnahmen abgesehen suchen die Ökonomen heute die Schuld ausschliesslich bei anderen. So sieht z.B. der KRONBERGER KREIS, ein einflussreiches privates Gremium rechtsliberaler deutscher Wirtschafts- und Rechtsprofessoren, in seiner Stellungnahme zur Finanzmarktkrise die Schuld ausschliesslich beim Verhalten der Bankmanager sowie vor allem bei der Politik. Dabei wird nicht nur die amerikanische Geldpolitik unter ALAN GREENSPAN wegen der niedrigen Zinsen kritisiert, sondern auch jene der Europäischen Zentralbank.[17)] Nun ist inzwischen unstrittig, dass die amerikanische Geldpolitik mit zur heutigen Situation beige-

15. Zur gesellschaftlichen Rolle des Gewinnmotivs sowie zum Fortschritt, den es gegenüber anderen Motiven brachte, siehe A.O. HIRSCHMAN (1977).

16. Siehe auch E. FAMA (1991). Zur problematischen Rolle dieses Ansatzes siehe die entsprechenden Ausführungen in den oben in Fussnote 2 angegebenen Artikeln des *Economist*.

17. Interessant ist dieser Vorwurf auch deshalb, weil gerade die Europäische Zentralbank sich in den vergangenen Jahren teilweise gegen den Vorwurf verteidigen musste, mit ihren im internationalen Vergleich hohen Zinsen der Konjunktur und damit auch der Beschäftigung in Europa zu schaden. Siehe hierzu z.B. S. RIECHER, EZB erhöht Leitzins: Höchster Stand seit 2001, *Die Presse* vom 8. März 2007. (http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/289548/index.do (11/06/09).)

tragen hat, was auch ALAN GREENSPAN inzwischen eingeräumt hat.[18)] Vielleicht hätte man aber vom KRONBERGER KREIS erwarten dürfen, dass er früher auf die mit dieser Politik verbundenen Probleme aufmerksam gemacht hätte. In all den vielen Stellungnahmen, die dieses Gremium in den vergangenen Jahren herausgegeben hat und die regelmässig „Mehr Markt" in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen forderten, findet sich darüber oder auch zum Problem einer sinnvolleren Regulierung der Finanzmärkte nichts. Spätestens in der im Januar 2009 veröffentlichten Stellungnahme mit dem Titel „Lehren der Finanzmarktkrise" hätte man auch Aussagen darüber erwarten dürfen, wo die Versäumnisse der Wirtschaftswissenschaften sind und welche Lehren diese aus der Krise ziehen sollte. Diesbezüglich ist jedoch Fehlanzeige. Heute die Schuld nur bei anderen zu suchen, nachdem man zuvor weder an der Politik des Federal Reserve noch an jener der Europäischen Zentralbank etwas auszusetzen hatte, ist nicht gerade überzeugend.

[12] Auch vom deutschen SACHVERSTÄNDIGENRAT ist nicht bekannt, dass er sich der Gefahren bewusst gewesen wäre, die sich (unter anderen für Deutschland) aus einem Zusammenbruch der amerikanischen Immobilienblase ergeben könnten. Zwar wurde im *Jahresgutachten* 2004/5 (Ziffer 79, S. 44ff.; Ziffer 118, S. 118ff.) auf die äusserst expansive Geldpolitik der Vereinigten Staaten hingewiesen, aber bei der Diskussion der damit verbundenen Risiken wurden weder die Finanz- noch die Hypothekenmärkte erwähnt. Im *Jahresgutachten* 2005/6 (Ziffer 88, S. 50) wird zumindest auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die mit einem Preisverfall auf den Immobilienmärkten in mehreren Ländern verbunden sein könnten, in denen die Immobilienpreise zuvor stark angestiegen sind, insbesondere auf einen dort zu erwartenden markanten Rückgang beim privaten Konsum. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang neben den Vereinigten Staaten Grossbritannien, Frankreich, Spanien und Südkorea. Im *Jahresgutachten* 2006/7 (Ziffer 61, S. 37; Ziffer 122, S. 86f.) wird zwar ein deutlicher Rückgang der Nachfrage nach Immobilien in den Vereinigten Staaten sowie der Preise auf diesem Markt konstatiert, aber wegen der wieder steigenden Hypothekenanträge für Hauskäufe bereits eine Erholung der Nachfrage vermutet. Erst im *Jahresgutachten* 2007/8, in welchem sich der SACHVERSTÄNDIGENRAT ausführlich mit den Problemen des internationalen Finanzsystems auseinandersetzt (Kapitel 3, Ziffern 125 – 250, S. 88ff.), wird auch darauf hingewiesen, dass sich als Folge davon das weltwirtschaftliche Umfeld eintrübt, weshalb für den deutschen Aussenhandel Probleme erwartet werden. Aber selbst damals, d.h. als die Krise bereits in vollem Gang war, wurde auch nicht ansatzweise damit gerechnet, dass das Überschwappen der Finanzkrise in den realen Sektor dort derartige Verwerfungen nach sich ziehen könnte. Dies zeigt sich z.B. in den Prognosen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung, die damals für die zweite Hälfte des Jahres 2008 zwar etwas verhaltener als zuvor, aber immer noch positiv waren (Ziffer 1, A. 1), obwohl, wie wir heute wissen, bereits im 2. Quartal 2008 ein Rückgang zu verzeichnen war.[19)] Mit diesen Fehlprognosen war der SACHVERSTÄNDIGENRAT freilich nicht allein. Noch im April 2008 prognostizierte die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagno-

18. Siehe hierzu z.B. E.L. ANDREWS, Greenspan Concedes Error on Regulation, *New York Times* vom 23. Oktober 2008. (http://www.nytimes.com/2008/10/24/business/economy/24panel.html (11/06/09).)

19. Siehe hierzu die saisonbereinigten Werte in http://www.bundesbank.de/download/statistik/saisonbwirt/i414.pdf (11/06/09).

se für Deutschland für das laufende Jahr ein reales Wachstum von 1.8 und für 2009 von 1.4 Prozent.[20)] Und ganz generell muss man feststellen, dass selbst in jenem Jahr, welches zwischen dem Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 und der Ausbruch der Wirtschaftskrise im Sommer 2008 lag, kaum ein Ökonom sich dessen bewusst war, dass aus der Finanzkrise eine Wirtschaftskrise diesen Ausmasses entstehen würde.[21)]

[13] Es wäre freilich zu billig, (nur) den deutschen Institutionen Versagen bei den Prognosen vorzuwerfen. Zum einen waren die Prognosen vergleichbarer Länder sowie internationaler Institutionen nicht besser. So prognostizierte die OECD noch im Juni 2008 für alle ihre Länder positive Wachstumsraten für die Jahre 2008 und 2009; die einzige Ausnahme war Island, für dessen Wirtschaft für das Jahr 2009 ein Rückgang um 0.4 Prozent vorausgesagt wurde.[22)] Andererseits kann man nach derartigen Fehleinschätzungen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, die Schuld anderen zuschieben und geflissentlich übersehen, dass man selbst (zumindest weitgehend) den gleichen Fehleinschätzungen unterlegen ist wie die Politiker und die verantwortlichen Wirtschaftsführer und dass man deshalb auch einen Teil der Verantwortung zu tragen hat. Nur darum geht es. Daraus folgt aber, dass man sich und der Öffentlichkeit gegenüber die gemachten Fehler eingesteht und eine offene Diskussion darüber führt, wie darauf nicht nur von Seiten der Politik, sondern auch von Seiten der Wissenschaft zu reagieren ist.[23)]

[14] Dies kann freilich nicht heissen, dass man jetzt zunächst einmal ganz auf Prognosen verzichten sollte, wie K.F. ZIMMERMANN, der Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, kürzlich angeregt hat.[24)] Dass Prognosen dann besonders schwierig sind, wenn man sie am Nötigsten hätte, dieses Dilemma der Prognosen ist lange bekannt.[25)] Ganz abgesehen davon, dass er nicht durchführbar ist, macht der Vorschlag, auf Prognosen vorläufig vollständig zu verzichten, auch keinen Sinn. Man würde sich damit wie ein Mann verhalten, der des Nachts bei Neumond nach dem Weg sucht und seine Taschenlampe ausschaltet, weil deren Licht relativ schwach ist. Auch wenn nicht sicher ist, dass er seinen Weg mit der Taschenlampe findet, spricht doch nichts dafür, dass er es ohne Lampe besser schafft. Daher sollte man der Wirtschaft auch jene Orientierungshilfen, die man zu Verfügung hat, nicht vorenthalten, selbst wenn sie nur schwach sind. Wenn sich andererseits die grossen, in erheblichem Umfang von der öffentlichen Hand unterstützten Wirtschaftsforschungsinstitute ‚freiwillig' darauf verständigen würden, in der nächsten Zeit keine Prognosen zu veröffentlichen, würden vermutlich andere in dieses Geschäft einsteigen. Geht man von der (hoffentlich gerechtfertigten) Vermutung aus, dass diese grossen Institute im Allgemeinen ‚bessere' Prognosen liefern als andere, müsste man erklären, weshalb die Situation dadurch besser werden

20. http://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/konjunkturprognosen/konjunkt/2008/gd08-01.pdf, S. 77 (11/06/09).

21. Siehe hierzu auch C. WYPLOSZ (2009, S. 6).

22. Siehe *OECD Economic Outlook* 83, 2008/1, S. 239.

23. Siehe als Beispiel dazu D. ACEMOGLU (2009), aber auch C. LECHNER (2009).

24. Zur Diskussion dieses Vorschlags siehe das ‚Zeitgespräch' in *Wirtschaftsdienst* 89 (Februar 2009), S. 79 – 100.

25. Siehe hierzu z.B. K. BORCHARDT (1979).

sollte, dass schlechte durch (noch) schlechtere Prognosen ersetzt werden. Dafür eine Rechtfertigung zu finden, dürfte schwierig sein.

3 Angriffe auf die Volkswirtschaftslehre

[15] Auch wenn man zugesteht, dass neben den wirtschaftlichen und den staatlichen Akteuren auch die Wirtschaftswissenschaft bzw. ihre (akademischen) Vertreter eine Mitschuld an der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise hat, können dadurch die heftigen Angriffe von links wie von rechts zumindest in ihrem Absolutheitsanspruch noch lange nicht gerechtfertigt werden. Wenn z.B. (wie kürzlich in St. Gallen) das Dach einer erst vor kurzem errichteten Sporthalle einstürzt, wird man untersuchen, wo die Konstruktionsfehler gelegen haben, um ein solches Unglück in Zukunft zu vermeiden, aber man wird deshalb nicht das ganze Gebiet der technischem Statik oder schon gar nicht die gesamte Physik als überholungsbedürftig ansehen. Ähnliches sollte auch für die Ökonomie gelten.

[16] Der Volkswirtschaftslehre wird häufig vorgeworfen, dass sie in ihren Analysen das Modell des Homo oeconomicus verwendet. Nun ist das moderne Konzept des ökonomischen Verhaltensmodells nicht so eindimensional, wie gerne unterstellt wird.[26)] In seiner allgemeinsten Form liegt es vielmehr jeder sozialwissenschaftlichen Verhaltens- bzw. Handlungstheorie zugrunde, die sich als eine verstehende Theorie im Sinne von MAX WEBER sieht. Der ökonomische Ansatz geht davon aus, dass die Menschen Intentionen haben (bzw. mit ihren Handlungen Ziele verfolgen), dass sie in ihren Handlungen beschränkt sind, dass sie immer nur unvollständig informiert sind sowie dass sie, gegeben all dies, versuchen, ihre Ziele nach Möglichkeit zu erreichen. Mit diesem Modell versucht der individualistisch vorgehende Sozialwissenschaftler die Handlungen der Individuen sowie insbesondere die sich aus diesen Handlungen ergebenden gesellschaftlichen Auswirkungen zu erklären. Dabei sind die nichtintendierten Nebenwirkungen von besonderem Interesse; sie sind der wesentliche Grund für die Eigenständigkeit der Sozialwissenschaften, insbesondere auch der Ökonomie und der Soziologie, gegenüber der Psychologie.[27)]

[17] In der vereinfachten Version dieses Ansatzes, wie sie sich den Lehrbüchern der mikroökonomischen Theorie findet, wird den Unternehmen (ausschliesslich) Gewinnmaximierung unterstellt. Damit wird das Gewinnstreben freilich nicht legitimiert; diese Annahme besagt weder, dass es moralisch gut, noch, dass es verwerflich ist: Es steht einzig zur Diskussion, ob diese Abstraktion von der Komplexität menschlichen Verhaltens insofern sinnvoll ist, als sie die Entwicklung empirisch gehaltvoller Theorien erlaubt. Dies wird heute im Rahmen der verhaltenstheoretischen Ökonomie in Frage gestellt. Tatsächlich ist das Gewinnmotiv nicht so ausschliesslich gültig, wie dies die mikroökonomische Theorie der Firma zumindest in ihren einfachen Varianten zu suggerieren scheint. Andererseits ist dieses Motiv häufig stärker wirksam, als man eigentlich annehmen sollte. Wenn in der jetzigen Krise von Gier gesprochen

26. Zum ökonomischen Verhaltensmodell siehe G. KIRCHGÄSSNER (2008).

27. Ebenda, S. 21f.

wird, bedeutet dies ja nur, dass dieses Motiv extrem stark wirksam war. Man kann der Volkswirtschaftslehre daher kaum vorwerfen, dass sie diese Annahme macht. Schliesslich handeln die Manager ja nicht so, weil die ökonomische Theorie ihnen dies unterstellt, sondern die Theorie unterstellt ihnen dies, weil sie so handeln. Hier dürfen Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden.

[18] Umstritten ist auch die Rolle des Wettbewerbs im Wirtschaftsprozess. Wettbewerb hat wie alles positive und negative Auswirkungen. Vertreter der rechts-liberalen Position unterschätzen oder negieren häufig sogar seine negativen und sehen nur die positiven Auswirkungen,[28)] während Vertreter linker Positionen seit jeher vor allem die Kosten des Wettbewerbs betrachten und häufig auch seine Ausschaltung fordern.[29)] Dabei übersehen letztere, dass sich Wettbewerb häufig evolutionär entwickelt und nicht einfach an- oder abschalten lässt. Versucht man den Wettbewerb an einer Stelle zu unterdrücken, taucht er häufig an anderer Stelle wieder auf und hat dabei möglicherweise noch negativere Konsequenzen. Staatliche Eingriffe in den Wettbewerb sind daher zwar möglich, aber teilweise nur mit ungewissem Ausgang; sie sollten deshalb gut überlegt sein.[30)]

[19] Andererseits kann eine Verringerung des Wettbewerbs die ökonomische Effizienz auch steigern. Nahezu jede Fusion wird damit begründet, dass durch den Wegfall von Doppelspurigkeiten Synergien genutzt werden können. Dies bedeutet jedoch nichts anderes, als dass damit die durch Wettbewerb entstehenden Kosten reduziert werden. Und schliesslich zeigt das Beispiel der Gebäudeversicherungen gegen Elementar- und Feuerschäden in der Schweiz, dass ein staatliches Monopol unter Umständen effizienter arbeiten kann als private Versicherungen, die miteinander konkurrieren; für gleiche Leistungen sind die Prämien dort signifikant niedriger. Es gibt deshalb in der Schweiz heute kaum mehr Bestrebungen, die in 19 Kantonen bestehenden kantonalen Gebietsmonopole zu privatisieren und in diesen Märkten Wettbewerb privater Versicherungen zuzulassen.[31)] Auch würden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das nicht zulassen. Dagegen hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften durch einen Beschluss vom 18. Juni 1992 solche Gebietsmonopole für unzulässig erklärt, was z.B. in Baden-Württemberg und Hamburg zur Abschaffung der dort existierenden

---

28. Siehe z.B. H. SIEBERT (1998, S. 63) unter Verweis auf JOHN STUART MILL (1871, S. 452): „Ich will hiermit nicht behaupten, dass mit der Konkurrenz keine Missstände verbunden sind … . Wenn aber der Wettbewerb seine Übel hat, so verhindert er doch grössere."

29. Siehe hierzu das klassische Zitat von F. ENGELS (1845, S. 306): „Die Konkurrenz ist der vollkommenste Ausdruck des in der modernen bürgerlichen Gesellschaft herrschenden Kriegs Aller gegen Alle. Dieser Krieg, ein Krieg um das Leben, um die Existenz, um alles, also auch im Notfalle ein Krieg auf Leben und Tod, besteht nicht nur zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft, sondern auch zwischen den einzelnen Mitgliedern dieser Klassen; jeder ist dem andern im Wege, und jeder sucht daher auch alle, die ihm im Wege sind, zu verdrängen und sich an ihre Stelle zu setzen." Aber auch nicht-marxistische Autoren stehen dem Wettbewerb kritisch gegenüber, wie z.B. U. THIELEMANN (1996, S. 311ff.) oder F. HENGSBACH (1995, S. 49).

30. Zur Rolle des Wettbewerbs siehe G. KIRCHGÄSSNER (2009).

31. Während in 19 Kantonen kantonale Gebietsmonopole bestehen, gibt es in sieben Kantonen (sowie im Fürstentum Liechtenstein) in diesem Markt Wettbewerb zwischen den privaten Versicherungsunternehmen. Zu den Gründen, weshalb die kantonalen Monopole niedrigere Prämien anbieten können, siehe G. KIRCHGÄSSNER (2007).

Gebietsmonopole und in der Folge zu deutlichen Prämienerhöhungen geführt hat.[32)] Der tiefere Grund dafür, dass die staatlichen Monopole ihre Leistungen günstiger anbieten können, ist, dass es in diesem Bereich keinen technischen Fortschritt gibt, weshalb die dynamischen Aspekte des Wettbewerbs wegfallen. Sind nur die statischen Aspekte relevant, kann ein öffentliches Monopol die gewünschten Leistungen durchaus effizienter anbieten als private Firmen im Wettbewerb.

[20] Im Zentrum der Kritik an der modernen Wirtschaftswissenschaft steht jedoch insbesondere von Seiten der ‚Ordnungsökonomen' deren Mathematisierung.[33)] Dabei ist die Mathematik nichts anderes als eine exakte Sprache, die es erlaubt, die Bedingungen, unter denen bestimmte Aussagen Gültigkeit haben, genau anzugeben. Dies mag dann hinderlich sein, wenn man sowieso zu wissen glaubt, wie die Wirklichkeit funktioniert, und sich deshalb gar nicht mehr genötigt sieht, sich auf detailliertere Analysen einzulassen. Nun sind mathematische Modelle immer in dem Sinn partiell, dass sie nur bestimmte Aspekte der Wirklichkeit betrachten und andere ausblenden. Dagegen wird häufig der Anspruch einer gesamtheitlichen Betrachtung ins Feld geführt. Bereits KARL POPPER (1944/45) hat jedoch aufgezeigt, dass derartige holistische Ansprüche gar nicht einlösbar und häufig nur ein Vorwand zur Kaschierung ideologischer Standpunkte sind. Jede realwissenschaftliche Analyse, sei sie nun mathematisch oder auch nur rein verbal, die den Anspruch erhebt, etwas über die Wirklichkeit auszusagen, muss notwendigerweise von den meisten Aspekten der Wirklichkeit abstrahieren und sich einige dieser Aspekte genauer vornehmen. Wesentlich ist nicht, dass ein Ansatz allumfassend ist, was er auch gar nie sein kann, sondern dass er die für die jeweilige Fragestellung relevanten Aspekte der Wirklichkeit hinreichend korrekt abbildet.

[21] Dagegen kann man einwenden, dass die mathematischen Modelle, welche das Risiko von Aktivitäten im Finanzbereich erfassen sollten und häufig mit der Annahme der Normalverteilung der Störgrössen gearbeitet haben, dieses Risiko unterschätzt haben, weshalb es überhaupt zur Finanzkrise kommen konnte.[34)] Die Schuld daran bei den mathematischen Modellen zu suchen, greift aber zu kurz. Zum einen wissen wir seit der grundlegenden Arbeit von B. MANDELBROT aus dem Jahr 1963, dass Renditen finanzieller Aktiva nicht normalverteilt sind, sondern ‚dicke Enden' haben, d.h. dass die Wahrscheinlichkeit für extreme Ereignisse (bei gleichem Mittelwert und gleicher Varianz) bei diesen Daten deutlich höher ist als bei normalverteilten Daten. Man kann dies in jedem modernen Lehrbuch der Finanzmarktökonometrie nachlesen. In den letzten Jahrzehnten sind eine ganze Reihe von Ansätzen entwickelt worden, um solche Verteilungen korrekt abzubilden.[35)] Aber auch bei einer Normalver-

32. Zur Situation der Gebäudeversicherung in Europa siehe T. v. UNGERN-STERNBERG (2002).

33. Siehe z.B. N. GOLDSCHMIDT (2009, S. 14): „Weder kann die Mathematik dabei helfen, der Ökonomik ein tragfähiges und modernes wissenschaftstheoretisches Fundament zu geben, noch ist eine an der Mathematik ausgerichtete Wirtschaftswissenschaft geeignet, wirtschaftspolitische Empfehlungen zu formulieren. Will die Volkswirtschaftslehre auch gesellschaftlich relevante Einsichten vermitteln und diese in die Politik einbringen, ist die anhaltende Mathematisierung der Ökonomik eine Sackgasse. Stattdessen kann die moderne Ordnungsökonomik helfen, hier neue und erfolgversprechende Wege zu beschreiten.".

34. Siehe hierzu auch C. WYPLOSZ (2009).

35. Siehe hierzu z.B. G. KIRCHGÄSSNER und J. WOLTERS (2006, Kapitel 7).

teilung sind extreme Ereignisse nicht ausgeschlossen; die Aussage, dass etwas sehr unwahrscheinlich ist, bedeutet ja nicht, dass es nicht doch eintreten kann. Das Problem liegt daher weniger in den mathematischen Modellen (und auch nicht unbedingt in der Annahme der Normalverteilung), als vielmehr in unserer Abneigung, mit extrem unwahrscheinlichen negativen Ereignissen zu rechnen.[36)] Diese Abneigung verstärkt sich, wenn derartige Ereignisse in der (jüngeren) Vergangenheit kaum oder gar nicht vorgekommen sind. Andererseits dürfte diese Haltung für unser alltägliches Handeln überlebensnotwendig sein; wir wären kaum handlungsfähig, wenn wir immer mit dem Schlimmsten rechneten. Es verleitet dazu, sich auch dann so zu verhalten, wenn ein stärkeres Risikobewusstsein angebracht wäre. Dies gilt auch für Bankmanager und hat in erheblichem Umfang mit zur Finanzkrise beigetragen. Man kann (und sollte auch) versuchen, diesem mit Hilfe entsprechender Regulierungen entgegen zu wirken. Da diese jedoch immer nur auf im Prinzip bekannte Möglichkeiten abstellen können, kann damit nicht sicher verhindert werden, dass unter anderen Bedingungen wieder ähnliche Verhaltensweisen die Oberhand gewinnen.

[22] Zudem hat der Systemtheoretiker JAY W. FORRESTER (1968, 1971) bereits vor Jahrzehnten darauf aufmerksam gemacht, dass wir die Mathematik und die durch sie ermöglichten komplexen Modelle deshalb benötigen, weil wir mit unseren mentalen Modellen in aller Regel nicht in der Lage sind, komplexe Zusammenhänge adäquat zu erfassen: Unsere Intuitionen führen uns häufig in die Irre. Er sprach in diesem Zusammenhang vom „kontraintuitiven Verhalten sozialer Systeme“ und spricht sich dabei explizit gegen die alleinige Verwendung ‚mentaler Modelle‘, d.h. rein verbaler Analysen gesellschaftlicher Zusammenhänge aus.[37)]

[23] Schliesslich ist die Mathematisierung notwendig, um Hypothesen an der Wirklichkeit überprüfen zu können. Da wir insbesondere im makroökonomischen Bereich keine Experimente veranstalten können, benötigen wir statistische Verfahren, um abgesicherte Aussagen machen zu können. Gerade hier sind in der jüngeren Vergangenheit erhebliche Fortschritte zu verzeichnen, und sie haben durchaus wirtschaftspolitische Relevanz. So ist nicht nur die Geldpolitik unserer Zentralbanken heute ohne die Verwendung geschätzter makroökonometrischer Modelle kaum mehr denkbar,[38)] sondern mit Hilfe neu entwickelter mikroökonometrischer Verfahren konnte z.B. auch gezeigt werden, dass ein erheblicher Teil der Mass-

36. Wie H. KUHNREUTER und P. SLOVIC (1978) gezeigt haben, führt diese Abneigung z.B. dazu, dass Versicherungen gegen Flut- und Erdbebenschäden häufig auch dann freiwillig nicht abgeschlossen werden, wenn sie stark subventioniert werden und ihr Erwartungswert daher deutlich positiv ist. Dies ist mit ein Grund für ein Versicherungsobligatorium gegen Elementarschäden, wie es in den meisten Kantonen der Schweiz besteht.

37. Zudem hat er mit seiner ‚Systemdynamik‘ ein Instrumentarium entwickelt, mit welchem sich nahezu beliebige Probleme mathematisch erfassen lassen. Auch wenn dieser Ansatz bei Weitem nicht alle von ihm behaupteten Ansprüche einlöst, zeigt er doch, dass die oft gehörte Behauptung, bestimmte soziale Gegebenheiten liessen sich mathematisch nicht erfassen, in den meisten Fällen voreilig ist. – Zu den Möglichkeiten und Grenzen dieses Ansatzes siehe z.B. G. KIRCHGÄSSNER (1978).

38. Siehe hierzu z.B. K. ASSENMACHER und K. JUSELIUS (2008) oder T. JORDAN, A. RANALDO und P. SÖDERLIND (2009) für die Schweizerische Nationalbank oder G. FAGEN und J. MORGAN (2005) für die Zentralbanken der EURO-Zone.

nahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik wirkungslos oder gar kontraproduktiv ist: Sie verkürzen nicht, sondern verlängern eher die Zeit der Arbeitslosigkeit.[39)]

[24] Ein Einwand, der gerade auch immer wieder gegen die Verwendung geschätzter ökonometrischer Modelle erhoben wird, ist, dass diese nur die Vergangenheit widerspiegeln, aber nichts über die Zukunft aussagen. Ihre Verwendung bedeute daher kaum mehr als die Extrapolation bestehender Trends; neue Entwicklungen seien damit nicht zu erfassen.[40)] Nun ist weder zu bestreiten, dass man immer nur aus der Vergangenheit lernen kann, noch, dass man bei der Anwendung ökonometrischer Modelle im Rahmen der Wirtschaftspolitik Strukturkonstanz unterstellen muss. Obwohl das sich dabei stellende Induktionsproblem, auf welches wohl als erster DAVID HUME aufmerksam gemacht hat, allgemeiner Natur ist, stellt es sich in den Wirtschaftswissenschaften (sowie auch in den anderen Sozialwissenschaften) dann in besonderer Weise, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse zu Änderungen der Politik führen. Da sich damit die Handlungsbedingungen der Individuen ändern, ändert sich möglicherweise auch deren Verhalten, was auf die Ergebnisse der Politik zurückwirken kann.[41)] Die Theorie rationaler Erwartungen bzw. die Verwendung einer Mikrobasis für makroökonometrische Modelle sind Versuche, diesem Problem zu begegnen.[42)]

[25] In der konkreten Situation bestand das Problem darin, dass die Finanzmarktmodelle an Perioden mit vergleichsweise geringer Volatilität angepasst wurden, was dann zu einer Unterschätzung der Risiken und den sich daraus ergebenden bekannten Folgen führte.[43)] Hätte man mit stärkeren Ausschlägen gerechnet, hätte man vielleicht andere worst case-Szenarien gerechnet und sich etwas vorsichtiger verhalten. Es ist freilich offen, ob dies viel bewirkt hätte. Man hatte ja seit 1987 bereits mehrere grössere Finanzkrisen erlebt, aber keine hatte zu einem weltweiten Wirtschaftseinbruch geführt. Diese Erfahrung dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass auch nach dem Ausbruch der Finanzkrise kaum jemand damit gerechnet hat, dass daraus eine veritable Wirtschaftskrise entstehen könne. Zumindest für die Schweizer Grossbank UBS gilt zudem, dass mehrfach (u.a. von der Schweizerischen Nationalbank) Warnungen abgegeben wurden, diese aber von der Geschäftsleitung in den Wind geschlagen wurden.[44)] Hierfür die mathematischen Modelle jener Spezialisten verantwortlich machen zu wollen, die weit unten in der Hierarchie standen, ist zu einfach. Die Verantwortlichen an der Spitze des Unternehmens, die die Geschäfte auch nicht wirklich verstanden, konnten sich – mit

---

39. Siehe hierzu z.B. C. WUNSCH und M. LECHNER (2008).

40. Siehe hierzu z.B. K. VOGLER-LUDWIG (2009).

41. Dieses Problem, welches in der Ökonometrie seit den siebziger Jahren diskutiert wird, wurde in seinen Auswirkungen auf die Verwendung ökonometrischer Modelle für wirtschaftspolitische Zwecke zuerst von R.E. LUCAS (1976) thematisiert. Siehe hierzu auch C.A. SIMS (1982).

42. Siehe hierzu G. KIRCHGÄSSNER (2008, S. 87).

43. Zur überschätzten Qualität der Modelle, die zur Abschätzung der Risiken verwendet wurden, siehe auch J. DANÍELSSON (2008).

44. Siehe hierzu: L. HÄSSIG, Sie wussten alles besser: Wie die Schweizer Grossbank UBS alle Warner ignorierte und in die Katastrophe schlitterte, *Die Zeit* Nr. 12 vom 12. März 2009, S. 30; sowie ausführlicher in L. HÄSSIG (2009).

oder ohne mathematische Modelle – offensichtlich nicht vorstellen, welche Risiken sie eingingen.[45)]

[26] Ein Vorwurf, welcher den Modelltheoretikern gemacht werden kann, der aber kaum die Ökonometrie trifft, ist, dass deren Modelle häufig mit der Fiktion des repräsentativen Individuums arbeiten.[46)] Auch wenn dies für viele Fragestellungen eine geeignete Vereinfachung ist, verhindert sie doch, dass z.B. Verteilungsaspekte in den Blick geraten. Auch kann ein solches Individuum nie einen Totalverlust erleiden; in einer Wirtschaftskrise schrumpfen sein Vermögen (und damit z.B. auch seine Pensionsansprüche) nur um den durchschnittlichen Betrag. Die Probleme und Konflikte, die sich aus Wirtschaftskrisen ergeben, resultieren in aller Regel jedoch daraus, dass die einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft ganz unterschiedlich betroffen sind; manche verlieren (fast) alles, was sie besitzen, einschliesslich ihres Arbeitsplatzes und ihrer Altersvorsorge, während andere davon profitieren. Um dies vernünftig zu untersuchen, benötigt man Modelle, welche die Heterogenität der Wirtschaftssubjekte widerspiegeln.

[27] Ähnlich wie die Kritik an der Mathematisierung greift auch die Kritik am Wertfreiheitspostulat zu kurz. Dieses Postulat geht auf die ebenfalls bereits von DAVID HUME thematisierte grundsätzliche Unterscheidung zwischen Sein und Sollen zurück, die freilich bis heute immer wieder in Zweifel gezogen wird, wenn auch mit wenig überzeugenden Argumenten.[47)] In seiner modernen Variante besteht das Wertfreiheitspostulat im Kern aus folgenden zwei Behauptungen:

(i) *Die Unabhängigkeit der Geltung einer Hypothese von ihrer Genese*. Wie wir zu einer Hypothese gelangen, sagt nichts darüber aus, ob diese wahr oder falsch ist. Daraus ergibt sich, dass die Überprüfung von Hypothesen unabhängig von ihrer Genese zu erfolgen hat.

(ii) *Die Unmöglichkeit, für Wertaussagen den gleichen wissenschaftlichen Anspruch zu erheben wie für Tatsachenbehauptungen*. Dies folgt daraus, dass Tatsachenbehauptungen im Prinzip an der Wirklichkeit scheitern können, normative Aussagen aber nicht. Wird z.B. eine falsche Theorie bei der Errichtung einer Turnhalle angewendet, riskiert man, dass diese einstürzt. Die Tatsache, dass (vermutlich) alle Menschen gelegentlich lügen, besagt andererseits nicht, dass das Gebot „Du sollst nicht lügen“ nicht moralisch gerechtfertigt wäre. Die Rechtfertigung einer normativen Aussage ist logisch betrachtet etwas anderes als der Nachweis, dass eine bestimmte Tatsachenbehauptung richtig ist.

[28] Damit wird weder in Frage gestellt, dass Entscheidungen darüber, was geforscht wird, noch, dass die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse (und damit auch die Umsetzungen derartiger Erkenntnisse im Rahmen der Wirtschaftspolitik) wertbehaftet sind. Verwendet man die übliche Unterscheidung zwischen Entstehungs-, Geltungs- und Wirkungszusammen-

45. Hier war wohl eher das Versagen der Rating-Agenturen massgebend, die die verbrieften Subprime-Hypotheken zu hoch einstuften.

46. Siehe hierzu auch A.P. KIRMAN (1992).

47. Siehe z.B. H. PUTNAM (2002) sowie die Kritik daran von L. BERGSTRÖM (2002).

hang wissenschaftlicher Aussagen, dann bezieht sich das Wertfreiheitspostulat, wie spätestens H. ALBERT (1956, 1960, 1963) in seinen grundlegenden Arbeiten gezeigt hat, lediglich auf den Geltungszusammenhang. Ausserdem ist, worauf insbesondere K. POPPER (1962) aufmerksam gemacht hat, die Objektivität (bzw. Wertfreiheit) der Wissenschaften „nicht eine individuelle Angelegenheit der verschiedenen Wissenschaftler, sondern eine soziale Angelegenheit ihrer gegenseitigen Kritik" (S. 112). Ob man zu objektiv gültigen Aussagen gelangt, hängt vor allem an der Organisation des wissenschaftlichen Prozesses, der auf eine offene Diskussion hin ausgerichtet sein sollte, und weit weniger an der moralischen Qualifikation der einzelnen Wissenschaftler. Dies gilt selbstverständlich auch für die Wirtschaftswissenschaften.[48)] Dass gerade auch Ökonomen normative und positive Aussagen miteinander vermischen bzw. dass sie ihre Werturteile als positive Aussagen erscheinen lassen, wenn sie z.B. von einer Massnahme behaupten, dass sie „rein ökonomisch betrachtet" geboten sei, ist nicht zu bestreiten. Dies gilt gerade auch für Ökonomen, die insbesondere im Rahmen der Modernen Politischen Ökonomie bzw. der Verfassungsökonomik zwar allen anderen Individuen unterstellen, dass diese nur ihre je eigenen Interessen verfolgen, für sich selbst aber in Anspruch nehmen, dass sie (uneigennützig) genau jene Massnahmen vorschlagen, welche den Präferenzen der Bevölkerung dienen.[49)] Selbstverständlich können und sollen Ökonomen wie alle anderen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger auch ihre Vorstellungen in den politischen Diskurs einbringen, aber im demokratischen Prozess können sie, was Wertungen anbetrifft, für sich keine höhere Kompetenz als alle anderen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger beanspruchen. Warum sollten ausgerechnet sie weniger ihre eigenen individuellen Interessen verfolgen als der Rest der Welt?

[29] Das Konzept der Wertfreiheit ist zudem – richtig verstanden – Bestandteil jeder liberalen Gesellschaftsauffassung. Während wir Entscheidungen über Tatsachenbehauptungen nicht selbst treffen müssen, sondern sie (im Prinzip) der Wissenschaft überlassen können, gilt dies für Wertaussagen nicht: Wir können über sie zwar mit wissenschaftlichen Argumenten diskutieren, aber wir müssen letztlich selbst (bzw. in der Gemeinschaft politisch) entscheiden, welche Werturteile wir als richtig anerkennen wollen. Diese persönliche Verantwortung können wir nicht auf die Wissenschaft abwälzen.

[30] Von Seiten der ‚integrativen Wirtschaftsethik' wird wider besseres Wissen das Vorurteil verbreitet, die Standard-Ökonomik schweige eisern zu wirtschaftsethischen Fragen.[50)] Tatsächlich beschäftigen sich ‚Standard-Ökonomen' in den letzten Jahrzenten zunehmend auch mit wirtschaftsethischen Fragen, wie nicht zuletzt die bereits vor 20 Jahren erfolgte Gründung

48. Siehe hierzu G. KIRCHGÄSSNER (2006).

49. Siehe z.B. V.J. VANBERG (2006, S. 10), wonach auch eine Ablehnung der von Verfassungsökonomen gemachten Vorschläge durch die Betroffenen nicht zeigt, dass jene mit ihren Vorschlägen falsch liegen könnten, oder auch R. VAUBEL (2006), der seine eigenen Vorstellungen, wie ein künftiges Europa aussehen sollte, als den Ansatz der Verfassungsökonomik bzw. der Politischen Ökonomie bezeichnet und dabei negiert, dass andere Politische bzw. Verfassungssökonomen ganz andere Vorstellungen vom zukünftigen Europa haben können.

50. Siehe hierzu z.B. P. ULRICH, der bezüglich der Wirtschaftsethik behauptet: „Während in der Philosophie, Soziologie, in der Politikwissenschaften oder der Betriebswirtschaft eine offene Debatte stattfindet, schweigt die Standard-Ökonomik jedoch eisern zum Thema." (*HSGBlatt* Nr. 4 vom 4. Juni 2007, S. 8.)

des Ausschusses Wirtschaftswissenschaften und Ethik des Vereins für Socialpolitik, der Vereinigung der deutschsprachigen Ökonomen, zeigt. In diesem Ausschuss diskutieren Volks- und Betriebswirte zusammen mit Philosophen, Theologen und Juristen wirtschaftsethische Probleme. Dass eine bestimmte wirtschaftsethische Schule bei den Volkswirten nur auf wenig Resonanz stösst, bedeutet nicht, dass bei diesen kein Interesse an wirtschaftsethischen Problemstellungen besteht.[51)]

[31] Die in der öffentlichen Debatte vorgebrachten ethischen Argumente beziehen sich zum grossen Teil auf individuelles Fehlverhalten: Die Manager werden angeklagt, durch ihre Gier die Krise wesentlich verursacht zu haben. Als Konsequenz daraus wird ein moralischeres Verhalten der Wirtschaftselite gefordert.[52)] Es geht damit um eine Forderung der Individualethik. Nun kann man für die Funktionsfähigkeit unseres politischen wie auch unseres wirtschaftlichen Systems auf eine solche nicht vollständig verzichten,[53)] aber gerade wenn man die heutige Situation aus der Perspektive der Wirtschaftsethik betrachten will, muss man sich bewusst sein, dass Wirtschaftsethik sinnvollerweise in erster Linie Institutionenethik sein sollte. Selbstverständlich kann man die Art und Weise, wie sich gewisse Manager verhalten und selbst bedient haben, mit moralischen Argumenten kritisieren. Aber derartige Kritik bewirkt selten sehr viel. Entscheidender für die Finanzkrise war, dass die Anreizsysteme so konstruiert waren, dass sie solches Verhalten nicht nur ermöglichten, sondern den Handelnden dabei häufig auch noch ein gutes Gewissen verschafften. Abhilfe muss vor allem durch andere Anreizsysteme geschaffen werden, indem z.B. dem Fixlohn wieder ein grösseres Gewicht beigemessen wird und variable Lohnkomponenten an die längerfristige Entwicklung des Unternehmens geknüpft werden.[54)] Dafür spricht auch, dass bei Tätigkeiten, die hohe Kreativität erfordern, übermässige Belohnungen die Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigen können; das Denken der Akteure scheint sich dann eher auf das Geld zu richten, das sie erhalten können, wenn sie ihre Aufgaben gut erledigen, und weniger auf die Erledigung selbst.[55)] Die Frage, wie die künftigen Lohnstrukturen im Bereich des obersten Managements in Zukunft sein sollen, sollte freilich im Wesentlichen über Selbstregulierungsmechanismen der Wirtschaft be-

---

51. Zu unterschiedlichen Konzeptionen der Wirtschaftsethik siehe auch G. KIRCHGÄSSNER (2003).

52. Siehe z.B.: „ …, dass es die Abzockermentalität war, die zur grössten Krise der Weltwirtschaft beitrug …“, in: M. ODERMATT, Auftrieb für die Initiative, *Neue Luzerner Zeitung* Nr. 133 vom 12. Juni 2009, S. 8; Dalai Lama: „Gier, Spekulation und Intransparenz haben die Krise verursacht“, *manager-magazin.de* vom 25. Juni 2009 (http://www.manager-magazin.de/life/artikel/0,2828,632502,00.html (07/07/09)); Bischof Marx geisselt Geldgier der Manager, *Welt-online* vom 23. März 2008 (http://www.welt.de/finanzen/article 1829353/Bischof_Marx_geisselt_Geldgier_der_Manager.html (06/07/09)); J. EIGENDORF, Angst und Gier zerfressen das Finanzsystem, *Welt-online* vom 22. März 2008 (http://www.welt.de/finanzen/article 1827218/Angst_und_Gier_zerfressen_das_Finanzsystem.html (07/07/09)); aber auch: F. WIEBE, Das Märchen von der Gier, *Handelsblatt.com* vom 27. Mai 2009 (http://www.handelsblatt.com/finanzen/ finanzmarktprofis/das-maerchen-von-der-gier;2298796 (07/07/09)).

53. Zur Notwendigkeit moralischen Verhaltens für die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft siehe G. KIRCHGÄSSNER (2008, S. 183ff.).

54. Siehe hierzu z.B. B.S. FREY und M. OSTERLOH (2000, 2005) sowie M. OSTERLOH und B.S. FREY, Fixlöhne als Alternative zu Boni und ausgeklügelten Anreizsystemen, *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 60 vom 13. März 2009, S. 25, aber auch S. HOSTETTLER, Verfluchter Fixlohn, *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 105 vom 8. Mai 2009, S. 27.

55. Siehe hierzu D. ARIELY et al. (2009).

antwortet werden, aber auch der Staat dürfte hier einiges mitzubestimmen haben, indem z.B. die Rechte der Aktionäre gestärkt oder durch strengere Eigenkapitalvorschriften der Risikofreude von Bankmanagern engere Grenzen gesetzt werden.

4 Die Rolle des Staates

[32] Damit aber sind wir bei einer der wichtigsten Fragen der heutigen Situation: Welche Rolle soll der Staat in Zukunft im Wirtschaftsprozess einnehmen? Dies war bereits in der Vergangenheit eine der zentralen Fragen der Volkswirtschaftslehre, und sie hat durch die jüngste Entwicklung wieder neu an Aktualität gewonnen.[56)] Schliesslich erleben wir derzeit eine Intensität an Staatseingriffen, wie wir sie noch vor kurzem kaum für möglich gehalten haben. Und dies geschieht, nachdem der Staat in den letzten Jahren im Namen der Liberalisierung von Märkten und der Privatisierung bisheriger öffentlicher Produktionen auch auf Drängen der Ökonomen immer mehr zurückgedrängt und dem Markt immer mehr Platz eingeräumt wurde. Tatsächlich hat wohl keine Sozialwissenschaft in den letzten Jahrzehnten einen derart grossen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung in den Industriestaaten gehabt wie die Volkswirtschaftslehre.

[33] Dabei kommen die Forderungen wieder von zwei Seiten. Zwar sind sich wohl (fast) alle darin einig, dass die massiven derzeitigen Interventionen des Staates in den Wirtschaftsablauf keinen Dauerzustand darstellen sollen und dies auch nicht können, da der Staat damit auf Dauer finanziell völlig überfordert wäre. Es wird schon schwierig genug sein, jene Lasten, die in sich in der Zukunft aus den zusätzlich aufgenommenen Schulden ergeben werden, zu schultern und dabei den inflationären Gefahren, die sich aus der Aufblähung der Geldmenge zur Rettung des Finanzsystems ergeben, zu begegnen. Damit aber dürfte der Konsens erschöpft sein. Die politische Linke, die ja vor allem ein Versagen der Marktwirtschaft konstatiert, sowie auch weite Teile der politischen Öffentlichkeit fordern im Vergleich mit den letzten Jahrzehnten deutlich verstärkte Staatseingriffe. Dagegen wird aus der marktliberalen/libertären Ecke, welche die Schuld ja vor allem den staatlichen Handlungsträgern zuweist, eine noch grössere Zurückhaltung des Staates gefordert; es wird allenfalls akzeptiert, dass der (National)Staat einige neue (und bessere) Regeln für die Finanzmärkte erlässt, während z.B. international abgestimmte Regulierungen abgelehnt werden.[57)] Dieses Auseinanderklaffen mag erstaunen, aber es ist eigentlich nicht überraschend. Wann immer etwas im Wirtschaftsablauf schief geht, kann man den Grund sowohl in einem Zuviel als auch in einem Zuwenig staatlicher Eingriffe suchen, und für beides wird man im Allgemeinen plausible Argumente finden. Dies ist ein Preis, den wir dafür zahlen müssen, dass wir – zumindest im Bereich der Makroökonomik – keine experimentelle Wissenschaft sind: makroökonomische Experimente

56. Siehe hierzu auch L.P. FELD und G. KIRCHGÄSSNER (2003).

57. Siehe z.B. R. VAUBEL, Internationale Absprachen über die Regulierung der Banken sind weder notwendig noch sinnvoll, Wirtschaftliche Freiheit (Ordnungspolitischer Blog), 29. 11 2008. (http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=233 (02/07/09).)

sind nie kontrolliert und sollten auch sehr zurückhaltend eingesetzt werden, da sie dann, wenn sie schief gehen, enorme gesellschaftliche Kosten haben können.[58)]

[34] Angesichts dieser unterschiedlichen Forderungen ist zunächst eine realistische Einschätzung der Leistungen des Staates sowie ihrer Begrenzungen zu fordern. Die traditionelle Finanzwissenschaft diskutierte Möglichkeiten des Marktversagens als Ansatzpunkte und Begründungen für staatliche Interventionen. Dabei wurde unterstellt, dass die staatlichen Institutionen – zumindest in einer Demokratie – das Gemeinwohl fördern. Public Choice, der ökonomische Ansatz zur Erklärung staatlichen Handelns, ging dagegen davon aus, dass die staatlichen genauso wie die privaten Akteure in erster Linie ihre eigenen Interessen verfolgen und thematisierte damit das Staats- bzw. Regierungsversagen. Dagegen wurde der Markt als Institution gesetzt. In den vergangenen Jahrzehnten hat dieses Denken ganz entscheidend die Wirtschaftspolitik geprägt; ohne diesen ‚ideologischen Unterbau' ist die Politik weitgehender Privatisierung und Deregulierung, wie wir sie erlebt haben, kaum verständlich. Libertäre Ökonomen wie z.B. DAVID FRIEDMAN träumen gar (wie einst KARL MARX) von der Möglichkeit eines allmählichen Absterbens des Staates, auch wenn dies erst in ferner Zukunft geschehen dürfte; sie vertreten die Auffassung, dass eine Gesellschaft für ihre Funktionsfähigkeit keiner Regierung bedürfe, da alles über den Markt geregelt werden könne.[59)] Eine realistische Betrachtungsweise wird beides, Markt- wie Staatsversagen in Rechnung stellen und daraus Regeln für staatliches Handeln entwickeln, die beides so weit als möglich eindämmen. Dies gilt für Krisen, aber auch für ruhigere Zeiten, wobei das Ausmass staatlicher Eingriffe unterschiedlich sein sollte.

[35] In Deutschland wird die Frage nach der Rolle des Staates seit längerem auch mit Bezug auf die Banken diskutiert, d.h. ob es überhaupt staatliche Banken und/oder Banken mit Staatsgarantie geben soll, und diese Diskussion hat durch die Finanzmarktkrise verständlicherweise neuen Auftrieb erhalten. Dabei wird gerne darauf hingewiesen, dass es in Deutschland wie auch in den Vereinigten Staaten im Wesentlichen staatliche (bzw. halbstaatliche) Institute waren, die sich im amerikanischen Hypothekenmarkt verspekuliert haben, was dann in eine Forderung nach Beendigung staatlicher Aktivitäten in diesem Bereich, d.h. der Privatisierung dieser Banken, mündet. Dabei wird nicht nur übersehen, dass das grösste Problem in Deutschland die Sanierung der privaten Hypo Real Estate ist[60)] und sich mit der Commerzbank auch eine der führenden Privatbanken Deutschlands verspekuliert hat, sondern auch, dass in der Schweiz ausschliesslich die beiden grossen Privatbanken durch ihre Investmenttätigkeiten in den Strudel der Finanzkrise geraten sind, während die kleinen (halb-)staatlichen

58. Man kann z.B. den Versuch, die Phillipskurve wirtschaftspolitisch so auszunutzen, wie P.A. SAMUELSON und R. SOLOW (1960) vorgeschlagen haben, indem durch eine einmalige Erhöhung der Inflationsrate die Arbeitslosigkeit dauerhaft gesenkt werden sollte, als ein solches, freilich nicht kontrolliertes und auch gescheitertes Experiment begreifen, welches uns in den siebziger Jahren erhebliche zusätzliche Inflation beschert hat, während die Arbeitslosenquote in den meisten europäischen Ländern weiter gestiegen ist.

59. Siehe z.B. D. FRIEDMAN (1996) sowie, noch extremer, H.-H. HOPPE (2001), der die Aufassung vertritt, die Funktionen des Staates könnten letztlich alle durch Versicherungsgesellschaften wahrgenommen werden (S. 267ff.). Ähnlich, aber bei Weitem nicht so extrem argumentiert A. SHLEIFER (1998).

60. Am 31. Dezember 2008 befanden sich gerade 10 Prozent der Aktien dieser Bank in staatlichem Besitz.

Kantonal- sowie die Raiffeisenbanken davon zumindest nicht direkt betroffen sind. Offensichtlich kann die Frage, weshalb diese Risiken eingegangen wurden, nicht unter Verweis auf die öffentlichen oder privaten Eigentümer beantwortet werden. Wie ausserdem das Beispiel der Solothurnischen Kantonalbank in den neunziger Jahren zeigt, können die öffentlichen Banken (genauso wie die kleinen Privatbanken) in Konkurs gehen, was für die grossen Privatbanken anscheinend nicht mehr gilt.[61)] Bei den Kantonalbanken bezieht sich die Staatsgarantie nur auf den Einlegerschutz, während die grossen Privatbanken offensichtlich eine Bestandsgarantie haben, da sie, wie das Beispiel von Lehman Brothers zeigt, nicht in Konkurs gehen können, ohne dass gewaltige Folgeschäden entstehen. Daher müssen sie vom Staat unbedingt am Leben erhalten werden. In kleinen Staaten kann dies schliesslich zu einer Situation führen, in welcher die Banken nicht nur zu gross sind, um sie sterben zu lassen, sondern auch, um sie noch retten zu können, was dann, wie das Beispiel Island zeigt, zu einer allgemeinen Staatskrise führen kann.[62)]

[36] Sobald man die Frage nach der Rolle des Staates stellt, ergibt sich auch die Frage nach der Rolle des Wettbewerbs in einer Gesellschaft. Zwar kann dieser nicht, wie oben ausgeführt wurde, einfach an- bzw. abgeschaltet werden; er entwickelt sich häufig evolutionär und gelegentlich auch überhaupt nicht. Andererseits hat der Staat über lange Zeit in vielen Bereichen für sich ein Monopol reklamiert und damit den Wettbewerb ausgeschaltet, und er tut dies auch heute noch. Die oben erwähnten kantonalen Gebäudeversicherungen in der Schweiz sind ein Beispiel dafür. Aus ordnungsökonomischen Argumenten kann man – der Kommission der Europäischen Gemeinschaften folgend – argumentieren, dass sich der Staat aus all jenen Aufgabenfeldern, welche von privaten Akteuren mit einigermassen befriedigenden Ergebnissen übernommen werden können, zurückziehen sollte. Man kann andererseits auch mit ökonomischen Effizienzüberlegungen argumentieren und fordern, dass jene Lösung angestrebt wird, die das gleiche Ergebnis mit den geringsten Kosten herbeiführt. Analoge Argumente lassen sich auch für andere Versicherungen finden. In der Debatte über die Zukunft der Gebäudeversicherungen, die in den neunziger Jahren in der Schweiz stattfand, wurden beide Positionen vertreten, wobei sich die zweite sowohl in der Bevölkerung als auch beim Bundesgericht durchsetzte.[63)] Es scheint auf jeden Fall sinnvoll zu sein, jenseits fundamentaler Positionen auch über die Chancen und Grenzen des Wettbewerbs neu nachzudenken. Schliesslich hat er, auch wenn dies gerade von Ökonomen häufig ausgeblendet wird, nicht nur positive Auswirkungen.[64)]

[37] Interessant ist auch das Zusammenspiel zwischen Wettbewerb und Kooperation. Tatsächlich bewegen wir uns fast immer gleichzeitig sowohl in Kooperations- als auch in Wett-

---

61. Sowohl bei dem Konkurs staatlicher wie bei der Rettung privater Banken haben freilich letztlich die Steuerzahler die Lasten zu tragen.

62. Zu Island siehe z.B.: M.M. HAEFLIGER, Island legt einen Crash hin wie für das Lehrbuch: Im Inselstaat sind alle von der Krise betroffen, *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Oktober 2008, S. 8.

63. Bundesgerichtsentscheid 124 I 25 vom 27. Februar 1998.

64. Zu den negativen Auswirkungen des Wettbewerbs im Wissenschaftsbereich siehe z.B. M.S. ANDERSON et al. (2007).

bewerbsbeziehungen. Beide können sowohl zu positiven als auch zu negativen Ergebnissen führen.[65)] So bezeichnet die ‚Grenze' einer Firma z.B. im Wesentlichen die Trennung zwischen Wettbewerbs- und Kooperationsbeziehungen. Innerhalb der Firma dominieren Kooperations-, außerhalb Wettbewerbsbeziehungen. Die Frage, ob man gewisse Leistungen innerhalb einer Firma selbst erbringt oder von anderen Firmen bezieht, hängt auch damit zusammen, ob man sie besser im Rahmen einer Wettbewerbs- oder eine Kooperationsbeziehung erbringen kann.[66)] Ökonomen haben traditionell jedoch der Kooperation kaum Beachtung geschenkt. Das mit Abstand am häufigsten verwendete Modell zur Abbildung von Beziehungen zwischen Akteuren war und ist das Nash-Gleichgewicht im Gefangenendilemma, bei welchem Kooperation infolge des Eigeninteresses der Betroffenen nicht zustande kommt, was, je nach der Situation, zu insgesamt positiven oder negativen Konsequenzen führt. Es blieb im Wesentlichen der vergleichsweise neuen Entwicklung der Verhaltensökonomik (Behavioural Economics) vorbehalten, aufzuzeigen, dass – entgegen den üblichen Annahmen – selbst in solchen Situationen Kooperation vorkommt.[67)] Und genauso wie Wettbewerb entwickelt sich auch Kooperation zumindest teilweise evolutorisch.[68)]

[38] Darüber, welche Rolle dem Staat und damit auch dem Wettbewerb in einer Gesellschaft zukommen soll, wird freilich nicht von den Ökonomen oder auch anderen Wissenschaftlern entschieden, sondern politisch, wobei diese ihre Argumente selbstverständlich in den Diskurs einbringen können, aber auf die letztlich zu treffende Entscheidung sollten sie – zumindest in einer Demokratie – nicht mehr Einfluss haben als andere Bürgerinnen und Bürger auch. Dabei zeigt die jüngere Erfahrung in der direkten Demokratie der Schweiz, dass letztere in vielen Fällen mehr Staatseingriffe befürworten als die meisten Ökonomen; schliesslich haben sie in jüngerer Zeit eine ganze Reihe von Deregulierungen und Privatisierungen abgelehnt.[69)] Offensichtlich haben sie in diesen Abstimmungen ihren politischen Kontrollmöglichkeiten mehr vertraut als der anonymen Kontrolle durch Märkte. In der Demokratie wird man das respektieren müssen.

5 Weitere Lehren aus der Krise

[39] Die Konsequenzen, die zu ziehen sind, erschöpfen sich freilich nicht in einer Neubewertung der Rollen des Staates und des Wettbewerbs. Andererseits sollten wir als Ökonomen trotz aller Fehler, die wir gemacht haben und die wir uns zu Recht vorhalten lassen müssen, das, was wir gelernt haben, nicht ganz vergessen. Für stark exportorientierte Länder wie die Schweiz oder Deutschland bedeutet dies zweierlei. Zum einen sind diese Länder darauf angewiesen, dass der internationale Handel sich weiter entwickeln kann. Eine Rückkehr zum

65. Dies wissen Psychologen seit langem. Siehe z.B. R.J. VALLERAND, L.I. GAUVIN und W.R. HALLIWELL (1986) oder J.M. TAUER und J.M. HARACKIEWICZ (2004).

66. Siehe hierzu die bahnbrechenden Arbeiten von R. COASE (1937) und O.E. WILLIAMSON (1975).

67. Zur Übersicht über die Verhaltensökonomik siehe z.B. R. C.F. CAMERER (1984).

68. Siehe hierzu R. AXELROD und W.D. HAMILTON (1981) sowie R. AXELROD (1984).

69. Siehe hierzu u.a. L.P. FELD und G. KIRCHGÄSSNER (2003, S. 259ff).

Protektionismus würde sie sehr viel härter treffen als andere Länder. Glücklicherweise sieht es derzeit (noch) nicht danach aus, dass Länder harte protektionistische Massnahmen ergreifen. Dagegen gibt es durchaus Anzeichen für weichen Protektionismus, indem die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aufgerufen werden, vorwiegend oder gar ausschliesslich im Inland produzierte Waren zu kaufen.[70)] Wenn Ökonomen hier beratend tätig werden wollen, sollten sie versuchen, dem Einhalt zu gebieten.

[40] Dabei gebietet es die Ehrlichkeit, von alten Floskeln Abstand zu nehmen, nach denen Freihandel allen nützt. Schon im einfachen Ricardo-Modell, welches nach wie vor das dominierende Modell zur Rechtfertigung internationalen Handels ist, gilt zwar, dass sich dann, wenn zwei Länder von der Autarkie zum Freihandel wechseln, beide besser stellen, was aber nicht bedeuten muss, dass sich auch alle Bewohner beider Länder besser stellen. Und wenn ein drittes Land hinzu kommt, kann es sogar sein, dass sich eines der beiden bisherigen Länder wieder verschlechtert, auch wenn es nach wie vorn in einer besseren Situation als jener der Autarkie verbleibt. Um in der Öffentlichkeit wieder ernster genommen zu werden, dürfen wir die Tatsache, dass auch wirtschaftspolitische Massnahmen mit insgesamt positiven Auswirkungen in aller Regel Verlierer im eigenen Land haben, nicht durch Floskeln wie „Langfristig geht es allen besser“ zu vertuschen suchen.

[41] Zweitens sollte man auch heute, da die konjunkturpolitischen Probleme fast alles zu überdecken scheinen, nicht vergessen, dass es längerfristig darauf ankommt, das Wachstum zu fördern, wobei dieses Wachstum überdies klimaverträglich sein sollte. Hau-Ruck-Aktionen sind nicht nachhaltig; sie bewirken bestenfalls ein kurzfristiges Strohfeuer, indem sie im Wesentlichen Nachfrage zeitlich verschieben, führen aber zu zusätzlichen Staatsschulden, die langfristige Belastungen mit sich bringen. Wenn sie wie die deutsche Verschrottungsprämie dazu auch noch umweltschädlich sind, weil die Umwelt in aller Regel durch die zusätzlich erforderliche Produktion mehr belastet als durch die erhoffte Einsparung im CO_2-Ausstoss entlastet wird, sind sie gänzlich unsinnig.[71)]

[42] Im Finanzbereich hat der Staat sehr massiv und, soweit bisher abzusehen ist, zumindest insofern erfolgreich eingegriffen, als der Zusammenbruch des Interbankenmarktes nicht zum Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems und den sich darauf für das Wirtschaftssystem ergebenden Folgen geführt hat. Dies geht freilich auf Kosten der Steuerzahler, wobei heute noch nicht abzusehen ist, wie hoch diese Belastung tatsächlich sein wird.[72)] Befremdlich ist daran jedoch vor allem, dass von diesen Massnahmen, deren Berechtigung kaum in Zweifel gezogen wird, insbesondere jene profitieren, die eine besondere Verantwortung für die Finanzkrise haben: die Manager und Aktionäre der entsprechenden Bankinstitute. Schliesslich kann es sich, wie die Folgen des Zusammenbruchs von Lehman Brothers gezeigt haben, unter den heutigen Bedingungen kein Staat leisten, eine grosse Bank in Konkurs gehen zu lassen.

70. Siehe hierzu R. BALDWIN und S. EVENETT (2008, 2009).

71. Siehe hierzu auch H.-W. SINN, Unsinnige Abwrackprämie, *Wirtschaftswoche* vom 4. Februar 2009. (URL: http://www.wiwo.de/politik/unsinnige-abwrackpraemie-385672/ (11/06/09).)

72. Da dies mit einer erheblichen Ausweitung der Geldmenge verbunden war, wird es möglicherweise zum Teil auch über Inflation auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt.

Diese faktische Bestandsgarantie durch den Staat gibt jedoch Anreize, Risiken einzugehen, die dann, wenn Manager und Aktionäre voll haften würden, nicht eingegangen würden.

[43] Um dem abzuhelfen, gibt es derzeit im Prinzip zwei Vorschläge. Zum einen wird gefordert, Banken nicht zu gross werden zu lassen bzw. grosse Banken zu zerschlagen, so wie in den Vereinigten Staaten vor knapp 100 Jahren einst Standard Oil zerschlagen wurde. Dann könnte man sie in Konkurs gehen lassen, ohne erhebliche negative Auswirkungen auf die übrige Wirtschaft befürchten zu müssen. Dies wird heute nicht nur von linken Kritikern unseres Wirtschaftssystems, sondern auch von renommierten (bürgerlichen) Ökonomen gefordert,[73)] und auch die Schweizerische Nationalbank denkt über die Möglichkeit einer gezielten Beschränkung der Bankengrösse nach.[74)] Als Alternative dazu wird nach Modellen gesucht, wie auch grosse Banken in Konkurs gehen können, ohne dass dadurch das gesamte Finanzsystem und damit auch die gesamte Wirtschaft in Schieflage geraten. Dabei sollten die privaten Guthaben zumindest bis zu einer bestimmten Höhe geschützt sein, die Aktionäre aber enteignet und das obere Management entschädigungslos abgesetzt werden.[75)] Die konkrete Ausarbeitung solcher Konzepte wird sicher noch einige Zeit in Anspruch nehmen und die Schwierigkeiten deutlich machen, die ihnen entgegen stehen können, aber es ist letztlich nicht nur eine wissenschaftliche Herausforderung, sondern auch ein Gebot der Fairness gegenüber den Steuerzahlern, die letztlich für die Managementfehler finanziell gerade stehen müssen, aber auch gegenüber den Beschäftigen der Banken, die ohne eigenes Verschulden durch überzogene Risikofreudigkeit der Bankmanager ihren Arbeitsplatz verlieren.[76)]

[44] Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung in Irland.[77)] Durch eine aggressive Niedrigsteuerpolitik hat Irland in den vergangenen Jahrzehnten eine ausserordentliche wirtschaftliche Entwicklung vollzogen, die freilich zum Teil fiktiv war. Vor einigen Jahren war Irland der Schweiz als Vorbild hingestellt worden, weil das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf dort, gemessen an seiner Kaufkraft, z.B. im Jahr 2004 um 4.4 Prozent und im Jahr 2005 sogar um 8.0 Prozent höher war als in der Schweiz. Dabei wurde jedoch übersehen, dass das Einkommen pro Kopf in der Schweiz im Jahr 2004 um 19.9 und im Jahr 2005 um 18.2 Prozent höher als in Irland war: Während das Bruttonationalprodukt in der Schweiz um 7.1

---

73. Siehe hierzu z.B. J.H. BOYD und R. JAGANNATHAN (2009), aber auch CHARLES GOODHART im Interview mit *Die Zeit* Nr. 20 vom 7. Mai 2009, S. 32, oder: In Europa sind einige Banken zu gross, um gerettet zu werden: Ex-IMF-Chefökonom SIMON JOHNSON über den Banken Stresstest, Oligarchen und Budgetdefizite, *SonntagsZeitung* Nr. 20 vom 17. Mai 2009, S. 51.

74. Siehe: Die Nationalbank setzt sich für mehr Systemstabilität ein, *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 139 vom 19. Juni 2009, S. 19.

75. Zu einer solchen Forderung siehe z.B. B. ZÜRCHER und T. HELD, Wie man systemrelevante Grossbanken besser diszipliniert, *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 104 vom 7. Mai 2009, S. 25.

76. Daneben sind auch jene Fehlanreize zu beseitigen, die für die Rating Agenturen bei der Bewertung der strukturierten Produkte bestanden und die wesentlich mit dazu beigetragen haben, dass etliche Banken unverantwortlich hohe Risiken eingegangen sind. In diesem Zusammenhang werden auch öffentliche Rating-Agenturen gefordert. Siehe hierzu z.B. M.A. DIOMANDE, J.S. HEINTZ und R.N. POLLIN (2009).

77. Zu Irland siehe z.B. M.M. HAEFLIGER, Island legt einen Crash hin wie für das Lehrbuch: Im Inselstaat sind alle von der Krise betroffen, *NZZ am Sonntag* Nr. 42 vom 19. Oktober 2008, S. 8, J.F. JUNGCLAUSSEN, Arbeitslos und Abgebrannt in Dublin, *Die Zeit* Nr. 10 vom 26. Februar 2009, S. 20, sowie H. HAMILTON, Ernüchterung nach dem grossen Rausch, *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 61 vom 14./15. März 2009, S. 41.

bzw. 9.4 Prozent über dem Bruttoinlandsprodukt lag, betrug es in Irland nur 85.8 bzw. 85.6 Prozent davon.[78)] Vieles, was statistisch als Produktion erschien, war nur das Ergebnis von Steuerverschiebung: So zahlten z.B. BMW oder Siemens längere Zeit in Dublin und nicht in Deutschland Steuern, obwohl hier die Produktion erfolgte.[79)] Mit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte (und der damit auch in Irland gleichzeitig stattfindenden Immobilienkrise) geriet auch dieses Modell der Staatsfinanzierung in die Krise: Während bis zum Jahr 2007 noch Budgetüberschüsse erwirtschaftet wurden und Irland damals mit 29.9 Prozent im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt nach Luxemburg das OECD-Land mit der tiefsten Schuldenquote der OECD war,[80)] explodiert jetzt das Defizit und damit auch die Staatsschuld. So erwartet der Internationale Währungsfond für das laufende Jahr 2009 bereits eine Schuldenquote von 63.6 Prozent und für 2014 von 126 Prozent. Dies ist weit mehr als z.B. für Frankreich und Deutschland erwartet wird, deren Schuldenquoten für das Jahr 2014 auf 89.9 bzw. 91 Prozent prognostiziert werden.[81)] Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Irland heute Unterstützung von der Europäischen Union erwartet, der es noch im letzten Jahr bei der Abstimmung über den Verfassungsvertrag die kalte Schulter zeigte, und insbesondere auch von Deutschland, das wegen der irischen Niedrigsteuerpolitik erhebliche Steuerausfälle zu verkraften hatte.[82)]

[45] Nicht nur für Island und Irland, sondern auch für die Schweiz bietet die Wirtschaftskrise die Chance, Finanz- und Werkplatz wieder in eine sinnvollere Balance zu bringen. Selbstverständlich sind der Finanzplatz und die dort erfolgende Wertschöpfung wichtig für die Schweiz, nicht nur aber auch wegen der Einkommen und Steuern, die dort erwirtschaftet werden. Aber letztlich hat die Finanzindustrie eine dienende Funktion: sie soll bewerkstelligen, dass das vorhandene Kapital seinen Weg in die produktivsten Verwendungen findet. Die zentralen und für das Wirtschaftswachstum wichtigen Innovationen finden jedoch nur zum geringsten Teil in der Finanzindustrie statt, sondern dort, wo Güter und Dienstleistungen produziert werden, die von den Bürgerinnen und Bürgern um ihrer selbst willen nachgefragt werden bzw. weil sie sich damit direkt Dienstleistungen verschaffen können, die ihnen Nutzen stiften. Dort ermöglicht der technische Fortschritt dauerhafte quantitative und vor allem qualitative Steigerungen der Produktion. Nicht umsonst vertritt D. ACEMOGLU (2009, S. 4) die Auffassung „hochqualifizierte Arbeit sollte von der Finanzindustrie weg hin zu innovativeren Sektoren realloziert werden sollte.“ Dies dürfte auch für die Schweiz gelten.

[46] Auch bezüglich der Altersvorsorge dürfte ein gewisses Umdenken angebracht sein. Insbesondere in Deutschland (weniger in der Schweiz) wurde von liberalen Politikern und Öko-

78. Siehe *OECD Factbook* 2009, S. 37, S. 39. (http://lysander.sourceoecd.org/pdf/factbook2009/302009011e-02-01-01.pdf, http://lysander.sourceoecd.org/pdf/factbook2009/302009011e-02-01-02.pdf (08/06/09)).

79. Siehe hierzu So viele Inseln: Die hohen Steuern jagen immer mehr Unternehmen in die Flucht – Das Ausland lockt mit attraktiven Sätzen und Vergünstigungen, *Wirtschaftswoche* Nr. 47 vom 14. November 1996, S. 80 – 101. Zu den Möglichkeiten der Steuerverschiebung siehe z.B. W. MÜLLER (1998).

80. Siehe *OECD Economic Outlook* 83 (2008/2), S. 270.

81. Siehe IMF (2009, S. 35).

82. Siehe hierzu: I. DEY, Ireland ‘could default on debt’, *The Sunday Times* vom 15. Februar 2009. (http:// business.timesonline.co.uk/tol/business/economics/article5733723.ece (11/06/09).)

nomen in der Vergangenheit der Eindruck erweckt, die sich wegen des demographischen Wandels bei den heutigen Systemen ergebenden Probleme seien durch einen Übergang vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren lösbar, da dann jede und jeder für sich selbst anspare, weshalb demographische Veränderungen praktisch keine Rolle mehr spielten.[83)] Dahinter steht die naive Annahme, dass das Modell individuellen Sparverhaltens auf die Gesellschaft insgesamt übertragen werden könne. Dem hat freilich bereits DAVID RICARDO (1817) widersprochen, indem er darauf hinwies, dass, sieht man einmal von den Aussenbeziehungen ab, in einer Gesellschaft in jedem Zeitpunkt im Allgemeinen nur das konsumiert werden kann, was auch produziert wird. Dies bedeutet, dass die Erwerbstätigen immer die Rentner unterhalten müssen. Steigt der Anteil der Rentner und/oder sinkt jener der Erwerbstätigen in einer Gesellschaft, dann muss man die Beiträge erhöhen und/oder die Renten kürzen, oder das Renteneintrittsalter erhöhen, was faktisch ebenfalls eine Rentenkürzung bedeutet. Dies gilt unabhängig von der Art der Finanzierung. Dies zeigt sich in der Schweiz, indem bei der zweiten, kapitalgedeckten Säule der Altersvorsorge nicht nur über die angemessene Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals, sondern auch über den Umwandlungssatz diskutiert wird, d.h. darüber, wie hoch die Rente als Prozentsatz des angesparten Kapitals sein soll. Es ist offensichtlich, dass dieser Umwandlungssatz und damit die Rente gesenkt werden muss, wenn die Lebenserwartung steigt (und das Renteneinstiegsalter nicht nach oben angepasst wird).

[47] Bei genauer Betrachtung ist das Kapitaldeckungsverfahren im Wesentlichen ebenfalls ein Umlageverfahren. Die Erwerbstätigen zahlen in die Versicherung ein, während die Rentner von ihr Leistungen erhalten. Gleichzeitig werden Wertpapiere aus den (virtuellen) Depots der Rentner in jene der Erwerbstätigen verlagert. Der Unterschied besteht darin, dass der Kapitalstock im Allgemeinen eine Rendite abwirft, so dass mehr ausgegeben werden kann als eingenommen wird: Es ergibt sich insbesondere bei schrumpfender Bevölkerung ein etwas günstigeres Verhältnis zwischen Aus- und Einzahlungen. Daneben kann sich eine einzelne Kasse durch Veränderung des Kapitalstocks an ihr spezielles Verhältnis zwischen Rentnern und Erwerbstätigen anpassen, was freilich für eine gesamtgesellschaftlich umfassende Kasse wie die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) der Schweiz keine Rolle spielt. Und ob real tatsächlich mehr verteilt werden kann, hängt davon ab, ob es durch einen (partiellen) Übergang von Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren insgesamt zu einer höheren Ersparnis und dadurch zu einem höheren Kapitalstock mit erweiterten Produktionsmöglichkeiten kommt.

[48] Diese höhere erwartete Rendite des Kapitaldeckungsverfahrens wird jedoch, wie die derzeitige Krise drastisch vor Augen führt, durch zusätzliche Risiken erkauft. Die Unterdeckung von Pensionskassen, d.h., dass sie ihre einst gemachten Versprechungen nicht halten können, scheint derzeit nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen Ländern eher die

83. Siehe z.B.: FDP Bundespartei – Sozialkampagne: „Das Kapitaldeckungsverfahren hat gegenüber dem bestehenden Umlageverfahren den Vorteil, dass es ökonomisch effizienter, das angesparte Vermögen vor politischen Eingriffen relativ sicher und dass es vom demographischen Wandel weitgehend unabhängig ist.“ (http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_ article.php?wc_c=450&wc_id=1&wc_p=1&printmode=1 (11/06/09).)

Regel als die Ausnahme zu sein.[84)] Im Extremfall kann für einen Rentner die gesamte (kapitalgedeckte) Altersvorsorge zusammenbrechen, wenn die Versicherung in Konkurs geht oder z.B. auch das Geld in Aktien einer Firma investiert wurde, die bankrott geht. Tatsächlich haben z.B. in den neunziger Jahren in der Schweiz durch den Zusammenbruch ihrer Firma manche Arbeitnehmer nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch die Ersparnisse bei ihrer Pensionskasse verloren. In den Vereinigten Staaten verloren Rentner als Folge des Platzens der New-Economy Blase sogar ihre gesamte Rente. Und derzeit werden wegen der Unterdeckung vieler Pensionskassen auch Rentner zur Kasse gebeten. Will man dies ausschliessen, bedarf es staatlicher Regulierungen. Je stärker aber der Staat eingreift (und damit das Risiko verringert), desto geringer ist auch die erwartete Rendite und damit der potentielle Vorteil des Kapitaldeckungs- gegenüber dem Umlageverfahren.[85)]

[49] All dies spricht nicht grundsätzlich gegen das Kapitaldeckungsverfahrens zur Finanzierung der Altersvorsorge, insbesondere nicht in einer intelligenten Kombination mit dem Umlageverfahren, wohl aber für eine teilweise Umorientierung der Diskussion.[86)] Die ökonomischen Modelle, mit denen die Vorteilhaftigkeit des Kapitaldeckungs- gegenüber dem Umlageverfahren demonstriert wird und die teilweise sogar die Möglichkeit eines paretoeffizienten Übergangs postulieren, haben dieser Risikokomponente in aller Regel nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet. Krisen wie die jetzige mit ihrem Einbruch auf den Finanzmärkten kamen in den Überlegungen nicht vor.[87)] Tatsächlich aber ist dies die entscheidende Frage, die in Bezug auf das Kapitaldeckungsverfahren gesellschaftlich entschieden werden muss: Inwieweit soll das mit diesem Finanzierungsverfahren verbundene Risiko (auf Kosten der erwarteten Rendite) verringert werden, und wer soll das unvermeidliche Restrisiko tragen? Darauf müssen möglichst bald Antworten gefunden werden, die im Vergleich zur heutigen Situation zu tragfähigeren Lösungen führen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass das Kapitaldeckungsverfahren in der Bevölkerung weiter diskreditiert wird.[88)]

6 Die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten

[50] All dies gibt jedoch noch keine Auskunft darüber, was der Staat derzeit überhaupt unternehmen kann, um gegen die Krise anzugehen. Zwar beobachten wir in vielen Ländern einen erheblichen Aktivismus, indem der Staat, wie bereits erwähnt wurde, massiv in den Wirt-

84. Siehe hierzu T. CROSSLEY und M. JAMETTI (2008).

85. Siehe hierzu H. ZIMMERMANN und A. BUBB (2002, S. 24.).

86. Siehe hierzu z.B. G. KIRCHGÄSSNER und M.R. SAVIOZ (1996). Zur Problematik des Kapitaldeckungsverfahrens siehe z.B. KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN (2005, S. 45ff., S. 64ff.).

87. Siehe z.B. S. HOMBURG (1990), der überdies noch mit der Figur des repräsentativen Individuums arbeitet und damit Verteilungsprobleme ausschliesst. Wie J.K. BRUNNER (1996) gezeigt hat, gibt es keine Möglichkeit mehr für einen pareto-effizienten Übergang vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren, sobald man Verteilungsaspekte innerhalb einer Generation berücksichtigt. A. BÖRSCH-SUPAN (2000) geht im Gegensatz zu diesen Autoren zwar auf mögliche Kapitalmarktrisiken ein und akzeptiert deshalb, dass ein Abschlag auf die historisch beobachtbaren Renditen vorzunehmen ist, aber auch er spricht nicht darüber, wie insbesondere die Rentner konkret gegen Kapitalmarktrisiken geschützt werden könnten.

88. Siehe hierzu M. BÜTLER (2009).

schaftsablauf eingreift, aber diese Eingriffe sind vor allem politisch gefordert und nicht durch theoretische Überlegungen abgedeckt. Überhaupt scheinen ja nicht nur die Politiker, sondern auch die Ökonomen dieser Krise gegenüber recht hilflos zu sein und, was auch nicht weiter erstaunlich ist, kaum durchdachte Konzepte vorlegen zu können. Dies ist freilich auch nicht überraschend, schliesslich wurde mit einer solchen Krise nicht gerechnet. Dabei ist andererseits unbestritten, dass der Staat insbesondere in bezug auf die Finanzkrise eingreifen musste und dabei – zumindest wie es im Augenblick aussieht – insofern erfolgreich war, als er das Finanzsystem einigermassen stabilisiert und die vom Ausfall des Interbankenmarkts drohenden negativen Konsequenzen für die Gesamtwirtschaft zumindest zum Teil wettgemacht hat. Umstritten ist jedoch, wie mit jenen Banken umgegangen werden soll, die in erheblichem Umfang in die riskanten Papiere des amerikanischen Hypothekenmarktes investiert hatten, deren Preis heute niemand abzuschätzen vermag. Die Regierungen bzw. Zentralbanken der verschiedenen Länder haben dafür sehr unterschiedliche Lösungen gefunden, wobei insbesondere offen ist, welche Belastungen sich daraus in der Zukunft für die Steuerzahler ergeben bzw. durch Inflation aufgefangen werden.

[51] Während der Staat somit in die Finanzkrise zumindest teilweise erfolgreich intervenieren konnte und dies auch getan hat, müssen wir leider einsehen, dass wir insbesondere in kleinen offenen Volkswirtschaften in der derzeitigen Wirtschaftskrise nur wenige Möglichkeiten für erfolgversprechende aktive staatliche Handlungen haben. Dies gilt auch dann, wenn man von völlig unsinnigen Massnahmen wie Abwrackprämien für Autos, die noch voll funktionsfähig sind, absieht. Ganz allgemein hat die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte gezeigt, dass die Hoffnungen, die noch in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts an die Gestaltbarkeit der makroökonomischen Situation mit Hilfe der Globalsteuerung weit überzogen waren; die Programme haben häufig nur kleine Strohfeuer gezündet, aber erhebliche zusätzliche Staatsschulden hinterlassen.[89)] Für die Schweiz aber gilt in der derzeitigen Krise im Besonderen, dass sie kaum Möglichkeiten hat, einzugreifen: Der Grund liegt darin, dass die Krise vor allem die Exportwirtschaft trifft: Die Auftragseingänge sind in den vergangenen Monaten zum Teil dramatisch eingebrochen. Dabei steht die Schweiz nicht allein: Für Deutschland und Japan gilt das Gleiche. Staatliche Massnahmen, welche die Exportwirtschaft stützen, sind kaum verfügbar. Sie sind jedoch in der Schweiz noch stärker begrenzt als in Japan oder Deutschland, da die stark exportorientierten Branchen dort in aller Regel auch über erhebliche Binnenmärkte verfügen, was für die Schweiz, sieht man einmal von der Pharmaindustrie ab, nicht gilt. Letztere ist aber vom jetzigen Konjunktureinbruch nicht betroffen. Da der Staat kaum auf die Nachfrage nach den Produkten der gefährdeten Betriebe einwirken kann, bleibt ihm letztlich nichts anderes üblich, als Hindernisse, welche Exporten im Weg stehen, so weit als möglich zu beseitigen und ‚gesunde' Betriebe bei der Bewältigung der Durststrecke in der kommenden Zeit zu unterstützen. Die hier bestehenden Möglichkeiten sind durch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes sowie die Änderungen bei der Exportrisikogarantie im Rahmen der beiden schon verabschiedeten Konjunkturprogramme des Staates bereits weitgehend erschöpft. Weitere staatliche Massnahmen könnten dann angezeigt sein,

89. Zur Evaluation der Konjunkturprogramme in den neunziger Jahren in der Schweiz siehe STAATSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (2001) sowie E. ATUKEREN, C. HENNING-SCHLAG und P. VOCCIA (2001).

wenn z.B. die Bauindustrie einbrechen würde. Deren Lage ist zwar auch nicht mehr so gut wie in den letzten Jahren, aber zum einen kann von einem Einbruch bisher keine Rede sein, und zum anderen sind die sinnvollen und in kurzer Zeit realisierbaren Investitionsvorhaben durch die beiden bereits verabschiedeten Konjunkturprogramme ebenfalls weitgehend ausgeschöpft, so dass auch hier kaum mehr Spielraum für sinnvolle staatliche Aktivitäten besteht.

[52] Steuerliche Massnahmen, die derzeit insbesondere von bürgerlichen Politikern gefordert werden, sind ebenfalls wenig erfolgversprechend. Entlastungen bei den Unternehmen können diese zwar langfristig stärken und damit unter Umständen zum Wachstum beitragen, aber man kann von ihnen derzeit kaum konjunkturelle Impulse erwarten. Letzteres gilt auch für temporäre Erleichterungen bei den Personensteuern; in der jetzigen Situation dürften sie in der Tendenz eher zu einer Erhöhung der Ersparnis als zu einer Steigerung des Konsums führen, und, soweit sie den Konsum stärken, dürfte dies vor allem langlebige Konsumgüter betreffen, die weitgehend importiert werden. Aber auch von dauerhaften Senkungen sind zumindest bei der direkten Bundessteuer kaum konjunkturelle Impulse zu erwarten, da sie extrem progressiv ist, indem die untersten 50 Prozent der Steuerpflichtigen gerade einmal 2.8 Prozent des Aufkommens generieren, während die obersten 5 Prozent der Steuerzahler 63.5 Prozent des gesamten Ertrags aufbringen.[90)] Da die marginale Konsumquote mit steigendem Einkommen sinkt und Einbrüche beim privaten Konsum, die durch steuerliche Massnahmen ausgeglichen werden könnten, am ehesten bei den unteren Einkommen zu erwarten sind, ist die direkte Bundessteuer für konjunkturelle Stützungsmassnahmen kaum geeignet.

[53] Etwas besser sieht es bei der Mehrwertsteuer aus, weil sie die unteren Einkommen relativ stärker belastet. Die Frage ist freilich, wie ein jetzt beschlossener Einnahmeausfall ausgeglichen werden sollte und welche Auswirkungen dies für die bei der Mehrwertsteuer erforderlichen künftigen Reformen haben wird. Dabei geht die am 12. Juni vom Parlament beschlossene Vereinfachung in die richtige Richtung; sie ist ein Teil dieser Reformen und löst zudem mit dem erwarteten Einnahmeausfall von 150 Millionen Franken einen, wenn auch nur sehr begrenzten konjunkturellen Impuls aus. Auch für andere Bereiche wie insbesondere Erleichterungen bei der Familienbesteuerung gilt, dass sie zwar (in begrenztem Umfang) einen konjunkturellen Impuls auslösen können, dass die dabei zu erwartenden Aufkommensausfälle jedoch nur dann in Kauf genommen werden sollten, wenn sie so konzipiert sind, dass sie in die aus anderen Gründen erforderlichen Reformen ‚passen'. Letztlich dreht es sich dabei wieder um die oben bereits erhobene Forderung, bei der Bekämpfung dieser konjunkturellen Krise die längerfristigen Auswirkungen auf das Wachstum nicht aus den Augen zu verlieren.

[54] Wir sind damit in einer relativ ungemütlichen Situation, indem wir zwar einen erheblichen Konjunktureinbruch konstatieren müssen, aber kaum Möglichkeiten sehen, wie diesem durch staatliche Massnahmen sinnvoll begegnet werden könnte. Zwar verfügt die Schweiz über ein auch im internationalen Vergleich gut ausgebautes System automatischer Stabilisatoren, welches ein noch stärkeres Umsichgreifen der Krise verhindert, aber den öffentlichen

90. Angaben der Eidgenössischen Steuerverwaltung für das Jahr 2005. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass 21 Prozent der Steuerpflichtigen, weil sie unter der Freigrenze liegen, durch diese Steuer gar nicht belastet werden.

Instanzen bleibt kaum etwas anderes übrig, als Ruhe zu bewahren und die geplanten Aktivitäten weiter durchzuführen, insbesondere die Investitionen. Zwar kann dies auch aufgrund sinkender Steuereinnahmen zu Defiziten führen, aber diese Defizite sollten in Kauf genommen werden, da ein prozyklisches Verhalten durch Zurückstellung geplanter Investitionen die Krise weiter verschärfen würde.

7 Abschliessende Bemerkungen

[55] Ist die Krise der Wirtschaft auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaften? Man kann dies bejahen, wenn man darauf abhebt, dass wir Ökonomen selbst nach Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 immer noch nicht in der Lage waren, die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Entwicklungen abzuschätzen, und dass wir in der derzeitigen Krise relativ hilflos erscheinen. Insofern besteht, wie oben ausgeführt wurde, Handlungsbedarf. Man wird es andererseits verneinen, wenn man darunter versteht, dass die Wirtschaftswissenschaften ihren theoretischen Ansatz grundsätzlich überdenken müssen. Die Vorwürfe, die in dieser Hinsicht erhoben werden, erweisen sich bei näherer Betrachtung als weitgehend gegenstandslos. Dies gilt für die Verwendung des ökonomischen Verhaltensmodells genauso wie für die Mathematisierung der Volkswirtschaftslehre und für das Prinzip der Wertfreiheit wissenschaftlicher Erkenntnisse.

[56] Diese Vorwürfe haben freilich Hintergründe, die ernst zu nehmen sind. Wenn, wie C. WYPLOSZ (2009, S. 4) beschreibt, die Mathematisierung im Bereich der Finance dazu dient (bzw. gedient hat), einen Keil zwischen diejenigen (Mathematiker) zu treiben, welche die Modelle entwickeln, und diejenigen, welche letztlich für ihre Verwendung verantwortlich zeichnen, sodass wegen der Komplexität der Modelle keine Kommunikation zwischen beiden Gruppen mehr möglich ist und die Anwender die Mathematiker auch gar nicht mehr zu fragen wagen, weil sie damit zugeben müssten, dass sie nicht wirklich verstehen, was vor sich geht, und wenn dies nicht nur in der Praxis, sondern auch im akademischen Bereich geschieht, ist sicherlich etwas schief gelaufen.[91)] Aber es ist nicht die Mathematisierung per se, die problematisch ist, sondern ihre Instrumentalisierung für bestimmte Zwecke. Und wenn Ökonomen regelmässig bestimmte wertbehaftete Forderungen stellen, die Werturteile, die dahinter stehen, aber nicht offenlegen, muss man sich nicht wundern, wenn ihnen die Öffentlichkeit nicht abnimmt, dass sie „allein der Sache dienen“, um einen Ausdruck von MAX WEBER (1919, S. 84) zu verwenden. Als Reaktion darauf das Prinzip der Wertfreiheit ganz verabschieden zu wollen, hiesse freilich, das Kind mit dem Bad ausschütten zu wollen.

[57] Aus all dem folgt schliesslich zweierlei. Zum einen sollten wir, wie oben bereits ausgeführt wurde, deshalb, weil wir einige Bereiche neu überdenken müssen, nicht nur grundlegende ökonomische Einsichten, die durch die Krise in keiner Weise obsolet geworden sind, nicht über Bord werfen, sondern auch gegenüber einer kritischer gewordenen Öffentlichkeit verteidigen. Zweitens aber sollten wir in unserem Auftreten etwas bescheidener werden, sowohl

91. Siehe hierzu auch J. DONALDSSON (2008a).

intern, als auch gegenüber der Öffentlichkeit, indem wir auch zur Begrenztheit unserer wissenschaftlichen Aussagen stehen.[92)] Nur so können wir das dort verlorene Vertrauen wieder gewinnen. Dies aber ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass wir in Zukunft in der Politik ähnlich viel Einfluss haben wie in den vergangenen Jahrzehnten. Denn dies wäre eine wirkliche Krise der Wirtschaftswissenschaften, insbesondere der Volkswirtschaftslehre: wenn wir von aussen in Zukunft nur noch entweder als esoterische Rätsellöser oder als Ideologen wahrgenommen würden.

Zusammenfassung

Bedeutet die Finanz- und Wirtschaftskrise auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaft? Dieser Vorwurf wird heute von verschiedenen Seiten erhoben, wobei harsche Kritik geübt wird. Tatsächlich muss sich die Wirtschaftswissenschaft zu Recht auch einiges vorhalten lassen. Zwar sind viele der Vorhaltungen masslos überzogen, was z.B. die Verwendung des ökonomischen Verhaltensmodells, die Mathematisierung oder auch das Prinzip der Wertfreiheit betrifft. Andererseits sind z.B. die angemessene Rolle des Staates oder auch des Wettbewerbs neu zu überdenken, und es ist zu fragen, welche weiteren Konsequenzen sich aus der Krise für die Theorie aber auch für die Wirtschaftspolitik ergeben. Die heutige Wirtschaftskrise würde erst dann auch zu einer Krise der Wirtschaftswissenschaft, wenn letztere nicht angemessen reagieren würde und deshalb einen weiteren Vertrauensverlust in Öffentlichkeit und Politik provozieren würde.

Literaturangaben

D. ACEMOGLU (2009), The Crisis of 2008: Structural Lessons For and From Economics, Centre for *Economic Policy Research Policy Insight* No. 28, London, January 2009. (http://www.cepr.org/pubs/PolicyInsights/PolicyInsight28.pdf (19/05/05))

R.G. ADAMS (2009), The World Financial Crisis: New Economy, Globalization and Old-Fashioned Philosophy, *World Economics* 10 (2009), S. 45 – 58.

H. ALBERT (1956), Werturteil und Wertbasis: Das Werturteilsproblem im Lichte der logischen Analyse, *Zeitschrift für Nationalökonomie* 14 (1953/54), S. 90 – 130; abgedruckt in: H. ALBERT, *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*, Luchterhand, Neuwied/ Berlin 1967, S. 92 – 130.

H. ALBERT (1960), Wissenschaft und Politik, Zum Problem der Anwendbarkeit einer wertfreien Sozialwissenschaft, in: E. TOPITSCH (ed.), *Probleme der Wissenschaftstheorie*, Springer, Wien 1960, S. 201 – 232.

H. ALBERT (1963), Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: E. V. BECKERATH, H. GIERSCH und H. LAMPERT (eds.), *Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung*,

92. Siehe hierzu auch D. COLLANDER et al. (2009, S. 4)): „Ökonomen haben, wie alle anderen Sozialwissenschaftler, eine moralische Verpflichtung, die Begrenztheit ihrer Modelle sowie den möglichen Missbrauch ihrer Forschungen zu kommunizieren."

Duncker und Humblot, Berlin 1963, S. 32 – 63; abgedruckt in: E. TOPITSCH (ed.), *Logik der Sozialwissenschaften*, Kiepenheuer und Witsch, Köln/Berlin 1965, 6. Auflage 1970, S. 126 – 143.

M.S. ANDERSON, E.A. RONNING, R. DE VRIES und B.C. MARTINSON (2007), *Science and Engineering Ethics* 13 (2007), S. 437 – 461.

D. ARIELY, U. GNEEZY, G. LOEWENSTEIN und N. MAZAR (2009), Large Stakes and Big Mistakes, *Review of Economic Studies* 76 (2009), S. 451 – 469.

K. ASSENMACHER und K. JUSELIUS (2008), Modelling Monetary Transmission in Switzerland, mimeo, Schweizerische Nationalbank, Zürich, Juli 2008.

E. ATUKEREN, C. HENNING-SCHLAG und P. VOCCIA (2001), Eine Analyse der Auswirkungen des Investitionsprogramms 1997 des Bundes anhand des KOF/ETH-Makromodells, Konjunkturfoschungsstelle, ETH Zürich, Februar 2001.

R. AXELROD (1984), *The Evolution of Cooperation*, Basic Books, New York 1984; deutsche Übersetzung: *Die Evolution der Kooperation*, Oldenbourg, München, 5. Auflage 2000.

R. AXELROD und W.D. HAMILTON (1981), The Evolution of Cooperation, *Science* 211 (1981), S. 1390–1396.

R. BALDWIN und S. EVENETT (2008), *What World Leaders Must Do to Protect the Spread of Protectionism*, VoxEU, CEPR, London 2008. (http://www.voxeu.org/reports/protectionism.pdf (52/07/09)).

R. BALDWIN und S. EVENETT (2009), *The collapse of global trade, murky protectionism, and the crisis: Recommendations for the G20*, VoxEU, CEPR, London 2009. (http://www.voxeu.org/reports/Murky_Protectionism.pdf (25/07/09)).

L. BERGSTRÖM (2002), Putnam on the Fact-Value Dichotomy, *Croatian Journal of Philosophy* 2 (2002), S. 117 – 129.

K. BORCHARDT (1979), Produktions- und Verwertungsbedingungen von Langfristprognosen in historischer Perspektive, *Allgemeines Statistisches Archiv* 63 (1979) S. 1 – 25.

A. BÖRSCH-SUPAN (2000), Pension Reform in Germany: To Fund or Not to Fund, *World Economics* 1 (2000), S. 81 – 101.

J.H. BOYD und R. JAGANNATHAN (2009), Avoiding the Next Crisis, *The Economists' Voice* 6 (2009), Issue 7. (http://www.bepress.com/cgi/viewcontent.cgi?article=1483&context=ev (07/07/09).)

J.K. BRUNNER (1996), Transition from a Pay-As-You-Go to a Fully Funded Pension System: The Case of Differing Individuals and Intragenerational Fairness, *Journal of Public Economics* 60 (1996), S. 131 – 146.

M. BÜTLER (2009), Konsequenzen für die Altersvorsorge, in: C. LECHNER (ed.), *Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise: Perspektiven der HSG*, Universität St. Gallen 2009, S. 25 – 27.

C.F. CAMERER, Behavioral Economics, in: R. BLUNDELL, W.K. NEWEY and T. PERSSON (eds.), *Advances in Economics and Econometrics: Theory and Applications*, Band 2, Cambridge University Press, Cambridge 2006, S. 181 – 214.

R.H. COASE (1937), The Nature of the Firm, *Economica* 4 (1937), S. 386 – 405.

D. COLANDER, H. FÖLLMER, A. HAAS, M. GOLDBERG, K. JUSELIUS, A. KIRMEN, T. LUX und B. SLOT, (2009), The Financial Crisis and the Systematic Failure of Academic Economics, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Working Paper Nr. 1489, Februar 2009.

R.D. CONGLETON (2009): On the Political Economy of the Financial Crisis and Beyond of 2008, erscheint in: *Public Choice*.

T. CROSSLEY und M. JAMETTI (2008), Pension Benefit Insurance and Pension Plan Portfolio Choice, mimeo, Universität Lugano, November 2008.

J. DANÍELSSON (2008), Blame the Models, *Journal of Financial Stability* 4 (2008), S. 321 – 328.

J. DANÍELSSON (2008a), Complexity Kills, VOXEU, CEPR, London 29. September 2008. (http://www.voxeu.org/index.php?q=node/1723 (02/07/09).)

M.A. DIOMANDE, J.S. HEINTZ und R.N. POLLIN (2009), Why U.S. Financial Markets Need a Public Credit Rating Agency, *The Economists' Voice* 6 (2009), Issue 7. (http://www.bepress.com/cgi/viewcontent.cgi?article=1507&context=ev (07/07/09).)

B. EICHENGREEN (2008), Thirteen Questions About the Subprime Crisis, mimeo, University of California, Berkeley, Januar 2008. (http://www.econ.berkeley.edu/~eichengr/13%20questions.pdf (21/06/09))

B. EICHENGREEN (2008a), Origins and Responses to the Crisis, mimeo, University of California, Berkeley, Oktober 2008. (http://emlab.berkeley.edu/users/webfac/eichengreen/e183_sp07/origins_responses.pdf (21/06/09))

B. EMUNDS (2008), Lehren aus der Finanzmarktkrise: Nach der Krise ist vor der Krise – Finanzinstitute sind keine Monster, müssen aber angekettet werden, mimeo, Oswald von Nell-Breuning Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik, Frankfurt, August 2008.

F. ENGELS (1845), *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, Leipzig 1845; abgedruckt in: KARL MARX – FRIEDRICH ENGELS – Werke, Band 2, Dietz Verlag, Berlin 1972, S. 225 – 506.

G. FAGEN und J. MORGAN (eds.) (2005), *Econometric Models of the Euro-Area Central Banks*, Edward Elgar, Cheltenham 2005.

E. FAMA (1970), Efficient Capital Markets: A Review of Theory and Empirical Work, *Journal of Finance* 25 (1970), S. 383 – 417.

E. FAMA (1991), Efficient Capital Markets II, *Journal of Finance* 46 (1991), S. 1575 – 1617.

L.P. FELD und G. KIRCHGÄSSNER (2003), Die Rolle des Staates in privaten Governance Strukturen, *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 139 (2003), S. 253 – 285.

J. W. FORRESTER (1968), *Principles of Systems*, MIT Press, Cambridge (Mass.) 1968; deutsche Übersetzung: *Grundzüge einer Systemtheorie*, Gabler, Wiesbaden 1972.

J. W. FORRESTER (1971), Counterintuitive Behavior of Social Systems, *Theory and Decision* 2 (1971), S. 109 – 140.

B.S. FREY und M. OSTERLOH (2000), Pay for Performance: Immer empfehlenswert?. *Zeitschrift Führung und Organisation (zfo)* 69 (2000), S. 64 – 69.

B.S. FREY und M. OSTERLOH (2005), Yes, Managers Should Be Paid Like Bureaucrats, *Journal of Management Inquiry* 14 (2005), S. 96

D. FRIEDMAN (1996), Anarchy and Efficient Law, in: J. SANDERS und J. NARVESON (eds.), *For and Against the State*, Rowman and Littlefield, Lanham 1996, S. 235 – 254. (http://www.daviddfriedman. com/ Academic/Anarchy_and_Eff_Law/Anarchy_and_Eff_Law.html (20/05/09).)

N. GOLDSCHMIDT (2009), Vom Nutzen der Ordnungsökonomik angesichts einer mathematisierten Wirtschaftswissenschaft, *Wirtschaftsdienst* 89 (2009), S. 14 – 18.

L. HÄSSIG (2009), *Der UBS-Crash: Wie eine Grossbank Milliarden verspielte*, Hoffman und Campe, Hamburg 2009.

P.M. HEALY und K.G. PALEPU (2003), The Fall of Enron, *Journal of Economic Perspectives* 17/2 (2003), S. 3 – 26.

F. HENGSBACH (1995), *Abschied von der Konkurrenzgesellschaft: Für eine neue Ethik in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Knaur, München 1995.

B. HERZOG (2009), Die Finanzkrise: Ursachen, Lehren und Lösungsansätze, in: C. LANGHORST, W. MAIER und M. SCHÄFER (eds.), *Lehren aus der Finanzmarktkrise: Ein Comeback der Sozialen Marktwirtschaft*, Konrad Adenauer Stiftung, St. Augustin/Berlin 2009, S. 9 – 15.

A.O. HIRSCHMAN (1977), *The Passions and the Interests, Political Arguments for Capitalism before its Triumph*, Princeton University Press, Princeton 1977; deutsche Übersetzung: *Leidenschaften und Interessen, Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, Suhrkamp, Frankfurt 1980.

S. HOMBURG (1990), The Efficiency of Unfunded Pension Schemes, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 146 (1990), S. 640 – 647.

H.-H. HOPPE (2001), *Democracy, the God that Failed: The Economics and Politics of Monarchy, Democracy and Natural Order*, Transaction Publishers, New Brunswick (NJ), 2001.

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS (2009), Fiscal Implications of the Global Economic and Financial Crisis, IMF Staff Position Note, Washington, 9. Juni 2009. (http://www.imf.org/external/pubs/ft/spn/2009/spn0913.pdf (11/06/09).)

T. JORDAN, A. RANALDO und P. SÖDERLIND (2009), The Implementation of SNB Monetary Policy, University of St. Gallen, Department of Economics, Working Paper No. 2009-08, April 2009.

G. KIRCHGÄSSNER (1978), Bemerkungen zu den Prognoseeigenschaften und der Testbarkeit systemdynamischer Modelle, *Allgemeines Statistisches Archiv* 62 (1978), S. 181 – 192.

G. KIRCHGÄSSNER (2003), Wirtschaftsethik als kritische Analyse des (moralischen) Handelns, in: M. BREUER, A. BRINK und O.J. SCHUMANN (eds.), *Wirtschaftsethik als kritische Sozialwissenschaft*, Haupt, Bern et al. 2003, S. 117 – 140.

G. KIRCHGÄSSNER (2006), Wertfreiheit und Objektivität in den Wirtschaftswissenschaften: Mythos oder Realität, in: G. ZECHA (ed.), *Werte in den Wissenschaften: 100 Jahre nach Max Weber*, Mohr Siebeck, Tübingen 2006, S. 137 – 171.

G. KIRCHGÄSSNER (2007), On the Efficiency of a Public Insurance Monopoly: The Case of Housing Insurance in Switzerland, in: P. BAAKE und R. BORCK (eds.), *Public Economics and Public Choice: Contributions in Honor of Charles B. Blankart*, Springer, Berlin et al. 2007, S. 221 – 242.

G. KIRCHGÄSSNER (2008), *Homo Oeconomicus: Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Mohr (Siebeck), Tübingen, 3. Auflage 2008.

G. KIRCHGÄSSNER (2009), Wettbewerb und Staatsverantwortung aus ökonomischer Sicht, erscheint in: B. EHRENZELLER (ed.), *Wettbewerb und Staatsverantwortung*, 2009.

G. KIRCHGÄSSNER und M.R. SAVIOZ (1995), Einheitsrente und Finanzierung über eine Energiesteuer: Mögliche Wege zur Reform der AHV, *Aussenwirtschaft* 50 (1995) S. 519 – 542.

G. KIRCHGÄSSNER und J. WOLTERS (2006), *Einführung in die moderne Zeitreihenanalyse*, Vahlen, München 2006.

A.P. KIRMAN (1992), Whom or What Does the Representative Individual Represent?, *Journal of Economic Perspectives* 6, Heft 2/1992, S. 117 – 136.

KOMMISSION FÜR KONJUNKTURFRAGEN (2005), Wirtschaftliche Auswirkungen einer alternden Bevölkerung, Jahresbericht 2005, 384. Mitteilung, Beilage zur *Volkswirtschaft, dem Magazin für Wirtschaftspolitik*, 1-2005.

KRONBERGER KREIS (2009), *Lehren aus der Finanzmarktkrise*, Stiftung Marktwirtschaft, Frankfurt 2009. (http://www.kronberger-kreis.de/module/Argument_106_Finanzmarktkrise_2009_01.pdf (19/05/05)).

H. KUHNREUTER und P. SLOVIC (1978), Economics, Psychology, and Protective Behavior, *American Economic Review (Papers and Proceedings)* 68.2 (1978), S. 64 – 69.

C. LECHNER (ed.) (2009), *Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise: Perspektiven der HSG*, Universität St. Gallen, 2009.

R.E. LUCAS (1976), Econometric Policy Evaluation, A Critique, *Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy* 1 (1976), S. 19–46.

B. MANDELBROT (1963), The Variation of Certain Speculative Prices, *Journal of Business* 36 (1963), S. 394 – 419.

J.S. MILL (1848), *The Principles of Political Economy With Some of Their Applications to Social Philosophy*, Vol. 2; deutsche Übersetzung: *Grundsätze der politischen Ökonomie, mit einigen Anwendungen auf die Sozialphilosophie*, Band 2, Gustav Fischer, Jena, 1921.

W. MÜLLER (1998), Was ist ‚fairer' Steuerwettbewerb und welche Regeln braucht er?, *Konjunkturpolitik* 44 (1998), S. 313 – 352.

M. NAIM (2009), An Intellectual Bailout: We Must Add Another Field to the List of Those in Need for Rescuing – Economics Itself, *Foreign Policy* 170/1 (2009), S. 94 – 95.

K.R. POPPER (1944/45), *The Poverty of Historicism*; deutsche Übersetzung: *Das Elend des Historizismus*, Mohr (Siebeck), Tübingen, 6. Auflage 1987.

K.R. POPPER (1962), Die Logik der Sozialwissenschaften, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 14 (1962), S. 233 – 248; abgedruckt in: TH.W. ADORNO u.a., *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Luchterhand, Neuwied/Berlin 1969, S. 103 – 123.

H. PUTNAM (2002), *The Collapse of the Fact/Value Dichotomy and Other Essays*, Harvard University Press, Cambridge (Mass.) 2002.

RAT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND (EKD) (2008), *Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive*, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2008.

D. RICARDO (1817), *On the Principles of Political Economy and Taxation*, Nachdruck in: Cambridge University Press, Cambridge 1951.

P.A. SAMUELSON and R.M. SOLOW (1960), Analytical Aspects of Anti-Inflation Policy, *American Economic Review, Papers and Proceedings*, 50.2 (1960), S. 177 – 194.

A. SHLEIFER (1998), State Versus Private Ownership, *Journal of Economic Perspectives* 12/4 (1998), S. 133 – 150.

H. SIEBERT (1998), Disziplinierung der nationalen Wirtschaftspolitik durch internationale Kapitalmobilität, in: D. DUWENDAG (ed.), *Finanzmärkte im Spannungsfeld von Globalisierung, Regulierung und Geldpolitik*, Duncker und Humblot, Berlin 1998, S. 41 – 67.

C.A. SIMS (1982), Policy Analysis with Econometric Models, *Brookings Papers on Economic Activity* 1/1982, S. 107 – 164.

STAATSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (2001), Investitionsprogramm 1997: Schlussbericht, Bern, Juni 2001.

J.M. TAUER und J.M. HARACKIEWICZ (2004), The Effects of Cooperation and Competition on Intrinsic Motivation and Performance, *Journal of Personality and Social Psychology* 86 (2004), S. 849 – 861.

U. THIELEMANN (1996), *Das Prinzip Markt: Kritik der ökonomischen Tauschlogik*, Haupt, Bern et al. 1996.

T. v. UNGERN-STERNBERG (2002), *Gebäudeversicherung in Europa: Die Grenzen des Wettbewerbs*, Haupt, Bern et al. 2002.

R.J. VALLERAND, L.I. GAUVIN und W.R. HALLIWELL (1986), Negative Effects of Competition on Children's Intrinsic Motivation, *Journal of Social Psychology* 126 (1986), S. 649 – 656.

V. VANBERG (2006), Democracy, Citizen Sovereignty and Constitutional Economics, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, Freiburg i Br., 2006/2.

R. VAUBEL (2006), Die Konstutionalisierung der Europäischen Union aus Verfassungsökonomischer und politisch-ökonomischer Sicht, in: E. BUSEK und W. HUMMER (eds.), *Die Konstitutionalisierung der Verbandsgewalt in der (neuen) Europäischen Union: Rechtliche, politische und ökonomische Konsequenzen der neuen Verfassung der EU*, Böhlau, Wien et al. 2006, S. 97 – 106.

R. VAUBEL (2009), Lehren aus der Finanzmarktkrise: Rolle des Staates und internationale Dimension, mimeo, Universität Mannheim, März 2009.

K. VOGLER-LUDWIG (2009), Prognosen ohne Zukunft: Konjunkturprognosen vor und nach der Finanzkrise, Economix Research and Consulting, Diskussionspapier, München, März 2009. (http://www.economix.org/PrognosenohneZukunft.pdf (07/07/09).)

M. WEBER (1919), *Wissenschaft als Beruf*, Duncker und Humblot, München/Leipzig 1919; abgedruckt in und zitiert nach: H. BAIER et al. (eds.), *Max Weber Gesamtausgabe*, Mohr (Siebeck), Tübingen 1992, S. 71 – 111.

J. WIEMEYER (2009), Krise der Finanzwirtschaft – Krise der Sozialen Marktwirtschaft?, in: C. LANGHORST, W. MAIER und M. SCHÄFER (eds.), *Lehren aus der Finanzmarktkrise: Ein Comeback der Sozialen Marktwirtschaft*, Konrad Adenauer Stiftung, St. Augustin/Berlin 2009, S. 20 – 30.

O.E. WILLIAMSON (1985), *The Economic Institutions of Capitalism: Firms, Markets, Relational Contracting*, Free Press, New York 1985; deutsche Übersetzung: *Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus, Unternehmen, Märkte, Kooperationen*, Mohr (Siebeck), Tübingen 1990.

C. WUNSCH und M. LECHNER (2008), What Did All the Money Do? On the General Ineffectiveness of Recent West German Labour Market Programmes, *Kyklos* 61 (2008), S. 134 – 174.

C. WYPLOSZ (2009), Macroeconomics After the Crisis: Dealing With the Tobin Curse, Walter Adolf Jöhr-Lecture, Universität St. Gallen, 15. Mai 2009. (http://wyplosz.eu/fichier/Economics%20After%20the%20Crisis.pdf (02/08/09).)

H. ZIMMERMANN und A. BUBB (2002), Das Risiko der Vorsorge: Die zweite Säule unter dem Druck der alternden Gesellschaft, Gutachten zu Handen von Avenir Suisse, Kurzfassung, Zürich 2002. http://www.avenir-suisse.ch/uploads/media/risiko_vorsorge_kurz.pdf